

CIVIS

— MIT SONDE —

„Mit dem Begriff ‚Civis‘ ist die beste Tradition der alten römischen Republik unlösbar verbunden. Denn civis war ja nicht jeder, nur weil er durch seine Geburt einem bestimmten Staatsverband angehörte; in der vollen Bedeutung des Wortes war civis nur der, der sich von Jugend auf und Zeit seines Lebens für die res publica verantwortlich wusste.“

Konrad Adenauer in seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe 1954

IN DIESEM HEFT:

Editorial 3

Werte in modernen Zeiten

Was ist Konservativ
von Thomas de Maiziere 4

Ein bisschen mehr Visionen, bitte!
Soziale Marktwirtschaft in Krisenzeiten
von Marc Oprach 7

Ansprache bei der Willkommens-zeremonie anlässlich seines
Empfanges bei Bundespräsident Christian Wulff im Schloss
Bellevue am 22.09.2011
von Papst Benedikt XVI. 17

Themen der Zeit

Nicht abschreckend: Die Debatte um Studienbeiträge oder der
Abschied von einem linken Mythos
von Frederik Ferreau 19

Die Verfasste Studierendenschaft abschaffen?
von Martin Röckert 22

Erfolgsmodell Campusunion
von Johannes Knewitz 24

Freiheit und Gleichheit nur durch das Internet?
Kritische Anmerkungen zur aktuellen Debatte um das Internet
von Wolfram Ender 26

Das Internet ist unser Buchdruck
von Claus Junghanns 32

Bücherbrett

Si tacuisses! Wie Karl-Theodor zu Guttenberg seinen Fall und unsere Zukunft sieht. von Benedikt Brunner	35
Unsere Autoren	38
Impressum	40

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Werten ist es wie mit allen lieb gewonnenen Personen, Orten und Dingen: Ihre Bedeutung für ein erfülltes Leben bemerken wir erst, wenn sie verschwunden sind. Gemessen an der aktuellen Hochkonjunktur von Wertedebatten könnte man also meinen, viele unserer grundlegenden Werte seien bereits verloren gegangen oder wir stünden unmittelbar davor ihrer verlustig zu gehen.

So weit will ich wiederum nicht gehen, sondern vielmehr den Optimismus in den Rang der „Werte“ erheben, die unerschütterlich jeden Zeitgeist überleben: Tatsächlich ist ja die Sehnsucht nach Orientierungspunkten für die Gestaltung unseres Lebens, unserer Gesellschaft und schließlich unserer Politik aus meiner Sicht größer denn je. Erfüllt werden kann diese Sehnsucht allerdings nur, wenn Werte nicht zur leeren Worthülse verkommen. Dies ist aber immer dann der Fall, wenn Werte gepredigt und Wertebruch gelebt werden. Und dass gerade hierfür so mancher Protagonist der Union in jüngerer Zeit als Anschauungsbeispiel gedient hat, braucht hier wohl nicht weiter ausbreitet zu werden.

Gerade in der Politik der Unionsparteien müssen daher Werte wieder konsequent gelebt werden: Was sind also die Werte, die hinter aktuellen politischen Entscheidungen stehen? Welche Werte müssen uns etwa bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise und der Gestaltung der Zukunft unseres Landes leiten? Und welche Rolle spielen die modernen Medien für Werte: Erosion oder – wenn ich an die weltweite Verbreitungsmöglichkeit denke – gar die Chance zur Expansion? Diesen Fragen geht die vor Ihnen liegende Ausgabe unter dem Titel „Werte in modernen Zeiten“ nach.

Wenn aber auch das Bewusstsein um die eigene Herkunft ein Wert darstellt, so ziemt es sich für das aktuelle Heft von CIVIS mit Sonde, anlässlich des vor kurzem begangenen 60-jährigen Bestehens des RCDS sich der eigenen Wurzeln zu vergewissern. Aus diesem Grund runden Beiträge zur Hochschulpolitik diese Ausgabe ab, wobei auch der Blick von „außen“ auf den RCDS mit einem durchaus kritischen Augenzwinkern nicht fehlen darf.

Eine spannende Lektüre, verbunden mit den besten Wünschen für das vor uns liegende Weihnachtsfest und das Jahr 2012, wünscht Ihnen


Frederik Ferreau

Was ist Konservativ

von Thomas de Maiziere

➤ Frau Bundeskanzlerin! Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Es läge natürlich nahe, wenn ich etwas zur Neuausrichtung der Bundeswehr sagen würde. Das will ich aber nicht tun, obwohl mich dieses Thema, wie Sie sich denken können, im letzten halben Jahr ziemlich intensiv beschäftigt hat und auch weiter beschäftigen wird. Ich möchte mich an dieser Stelle gerne für die konstruktive Begleitung der bisherigen Schritte in der Union, aber auch in der Öffentlichkeit sehr herzlich bedanken.

Ich möchte etwas anderes sagen. Ich möchte etwas zu den Themen Konservatismus und Profil sagen. Wir haben vorhin in einem Debattenbeitrag gehört: Als Konservativer ist man in der CDU leider heimatlos geworden. – Ich teile diese Auffassung nicht.

Ich will zunächst etwas zum Begriff Profil sagen.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass diejenigen, die sich dazu äußern, glauben, man habe dann ein besonders gutes Profil, wenn man gegen die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet. Ich teile auch diese Auffassung nicht, obwohl wir in wichtigen Fragen durch politische Führung einen Kurs fahren, der der Mehrheit der Bevölkerung nicht so lieb ist. Wir sind in Afghanistan, und die Mehrheit der Bevölkerung sagt, da sollten wir lieber nicht sein. Wir retten den Euro. Dazu sagt – zumindest zwischendurch – ein erheblicher Teil der Bevölkerung, wir sollten das lieber nicht tun. Wir haben die Rente mit 67 eingeführt. Es gibt stabile Umfragemehrheiten gegen die Rente mit 67. Wir haben den Zusatzbeitrag in der Gesundheitspolitik eingeführt. Also ein Werbeknüller ist der Zusatzbeitrag nicht. Es kann doch keiner so tun, als hätten wir nicht Themen, die wir für richtig halten, wo die Mehrheit der Bevölkerung sagt: Nee, das finden wir eigentlich nicht. – Ich finde, Profil haben heißt, dass man eine Meinung hat, dass man um diese Meinung kämpft, dass man um Überzeugung dafür wirbt und schließlich um Mehrheiten dafür ringt. Das heißt für mich: Profil haben. Es heißt für mich nicht, einfach nur gegen Mehrheiten zu sein.

Jetzt zum Begriff des Konservatismus.

Für mich ist ein Konservativer nicht jemand, der eine bestimmte Position vertritt, der für einen bestimmten Inhalt steht, sondern derjenige, der eine bestimmte Haltung hat und sich auch danach verhält. Ein Konservativer ist in gewisser Weise bescheiden. Ein Konservativer trompetet nicht so durch die Gegend wie manche, die sich für konservativ halten. So schätze ich das ein.

Ich glaube auch, dass ein Konservativer zunächst Ansprüche an sich selbst stellt und erst dann an andere. Leider – das muss ich sagen – sind Konservative oft ein bisschen skeptisch gegenüber der Zukunft; darauf komme ich

am Schluss zurück. Vor allem aber streiten Konservative um Werte und nicht um Instrumente, und wir streiten um Instrumente und verwechseln sie mit Werten. Ich will das an vier Beispielen kurz deutlich machen.

Erstens: Wehrpflicht.

Die Wehrpflicht – wir haben darum gerungen, ich erst recht – ist ein Instrument und kein Wert. Der Wert ist, einen Dienst für unser Land zu tun. Das ist ein Wert.

Wir haben eine neue Kernbotschaft der Bundeswehr entwickelt: „Wir dienen Deutschland“. Sie haben das gehört. Als wir das diskutiert haben, haben viele gefragt: Was soll denn dieser konservative Zopf? Dann haben wir intern eine Umfrage gemacht. 60 Prozent der Bevölkerung haben gesagt: Der Slogan gefällt uns. – Dann haben viele gesagt: Bei den jungen Leuten ist das bestimmt anders. Das ist etwas für die Alten.

Dann haben bei den jungen Leuten unter 30 nachgefragt: Da war der Wert höher. 70 Prozent finden das Kernmotto für die Bundeswehr „Wir dienen Deutschland“ gut. Das ist konservativ im besten Sinne des Wortes.

Zweiter Punkt: Schulstruktur und Hauptschule.

Die Hauptschule bzw. die Schulstruktur ist kein Wert, sondern ein Instrument. Die Bundeskanzlerin hat an Werner Remmers erinnert, der in diesem Jahr gestorben ist. Werner Remmers hat einst zur Schulpolitik der CDU Folgendes gesagt: „Wir sind für das gegliederte Schulwesen, und mein Kind kommt auf Gymnasium.“ Das ist ein Stück weit eine Art Lebenslüge von uns.

Was ist aber der Wert der Bildungspolitik? Das ist weder die Hauptschule noch die Schulstruktur, sondern die Erziehung. Dass Bildung mehr ist als Ausbildung, dass wir Kopfnoten haben und Leistung belohnen wollen, und dass Bildung dazu beiträgt, den sozialen Aufstieg zu schaffen: Das ist eine konservative und zukunftsweisende Position, aber nicht die Frage, ob es die Hauptschule gibt.

Dritter Punkt: Die Kernkraft.

Auch Kernkraft ist ein Instrument. Gnade Gott, dass Kernkraft das Markenprofil der CDU oder eine zutiefst konservative Position wäre. Die gibt es ja auch noch gar nicht so lange. Was nämlich ist konservativ? Sich kümmern um Nachhaltigkeit, verantwortlich mit Risikobeherrschung umgehen und die Bewahrung der Schöpfung. Das ist eine konservative Position.

Viertens: Selbst der Euro ist nur ein Instrument; er ist kein Wert an sich.

Der Wert ist die Stabilität Europas und der Währung, der Abbau der Verschuldung und die Solidarität mit Schwachen unter bestimmten Auflagen. Das ist der Wert von Europapolitik, nicht der Euro als solcher.

Hören wir also auf mit dem, was manche tun: ihre eigene Position mit der der CDU gleichzusetzen, und wenn die CDU sich anders entscheidet, zu sagen: Die CDU hat kein Profil mehr. Das höre ich oft.

Hören wir auf damit, nur aus der Sehnsucht nach der Vergangenheit zu leben! Es gibt keinen Weg zurück in die Vergangenheit.

Ich glaube auch, dass wir aufhören müssen, Instrumente und Werte zu verwechseln. Ich habe dazu einiges gesagt. Volker Bouffier hat zu Recht

gesagt, wir sollten aufhören, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Ja, die Zeiten sind unsicher. Aber sie sind auch offen.

Wir haben heute in der Thomaskirche ein Lied gesungen, das ich zum Schluss zitieren will. Die Melodie stammt aus dem Jahr 1535 und der Text aus dem Jahr 1989. Das war ein besonderes Jahr für Deutschland.

Darin heißt es sinngemäß – das ist für mich eine Position, die man als christlichen und ich füge gerne hinzu: liberalen Konservatismus bezeichnen kann –: Vertraut den neuen Wegen; habt kein Misstrauen in die neuen Wege. Der Text, den wir alle, die da waren, gesungen haben, lautet:

Vertraut den neuen Wegen
und wandert in die Zeit
Wer aufbricht, der kann hoffen
Die Tore stehen offen
Das Land ist hell und weit.

Das sollte die Haltung sein, mit der wir Politik machen.

Anmerkung: Der Artikel ist eine wörtliche Dokumentation der Rede von Thomas de Maiziere MdB, Bundesminister der Verteidigung, auf dem CDU-Bundesparteitag am 14. November 2011 in Leipzig

Ein bisschen mehr Visionen, bitte! Soziale Marktwirtschaft in Krisenzeiten

von Marc Oprach

> Angst und Unsicherheit sind Hauptmerkmale unserer Zeit. Der Glaube an marktwirtschaftliche Prinzipien hat in den Jahren der globalen Finanzkrise und der Euro-Schulden-Krise schweren Schaden genommen. Konsequenz ist ein tiefes Gefühl sozialer, ja moralischer Verunsicherung und die Sehnsucht nach Stabilität und Verlässlichkeit. Unabhängig von aktuellen Wirtschaftsdaten und den Exporterfolgen des letzten Jahres, erleben viele Menschen in Deutschland die allgegenwärtige Krise als Bedrohung ihrer bislang für selbstverständlich gehaltenen sozialen Absicherung. Die Menschen bangen um ihre berufliche Zukunft, ihre Renten, ihre Anlagen und ihre Gesundheitsvorsorge.

„Nach meiner Auffassung steckt die Welt voll unermesslicher Chancen, wenn wir sie nur zu nutzen verstehen würden.“

Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 283.

Bücher über die Krise haben Konjunktur. In ihnen wird der Abstieg Europas nahezu beschwörend herbeigeschrieben. In Talkshows dominieren pessimistische Schwarzseher das Bild, die in Superlativen von dem Ende des Euro und Staatsbankrott reden und mit sorgenvoller Miene auf deprimierende Statistiken verweisen. Man mag staunen über die Selbstgewissheit und Sicherheit, mit denen so mancher düstere Zukunftsszenarien zeichnet und alternativlose Sachzwänge formuliert. Die Spirale der Angst rhetorik dreht sich unaufhörlich und die Phase der Mutlosigkeit, der Stagnation und Orientierungslosigkeit hat längst begonnen.

Notwendigkeit einer visionären Politik

Helmut Kohl steht wie kein anderer Staatsmann dafür, dass die Visionäre die eigentlichen Realisten sind. Viele glauben, dass die Leistung des Kanzlers der Einheit darin bestünde, nach dem Fall der Mauer innerhalb kürzester Zeit die richtigen politischen Entscheidungen und Weichenstellungen getroffen zu haben. Sicherlich kann sein „Zehn-Punkte-Programm“ als Beispiel eines überaus pragmatischen Politikmanagements dienen, doch sein wirklicher herausragender Verdienst besteht nicht in diesem zeitkritischen Agieren, sondern in seinem langfristigen, weit vor den 9. November 1989 zurückreichenden, visionären Denken. Erst diese Basis ließ ihn anders als viele andere Politiker seiner Zeit, die die Wende zögerlich und paralysiert erlebten, so entschlossen und selbstgewiss handeln.

Helmut Kohl stellte in Übereinstimmung mit der Präambel des Grundgesetzes stets klar, dass die deutsche Frage so lange offenbleiben muss, solan-

ge nicht das deutsche Volk frei und selbstbestimmt über das eigene Schicksal entschieden hat. Anlässlich des Staatsbesuchs Erich Honeckers im September 1987 – in einer Zeit, in der das Ende der DDR keinesfalls absehbar war – offenbart die Tischrede Helmut Kohls seine visionäre Kraft. Diese Rede stellte keine Lobrede auf den Staatsgast dar, sondern war ein Bekenntnis zur deutschlandpolitischen Position von CDU und CSU seit ihrer Gründung: „Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je und ungebrochen der Wille, sie zu bewahren. (...) Wir beachten die bestehenden Grenzen, doch die Teilung wollen wir überwinden.“ Und weiter: „Niemand von uns weiß, was der beständige Wandel der Zeit und der Umstände uns und den nachfolgenden Generationen bringen wird. Aber eins ist sicher: Solchen Wandel wird es auch in Deutschland weiter geben.“

Dass ein solcher Wandel tatsächlich möglich wurde, ist das Verdienst der Menschen in der DDR, die ihrerseits die Kraft zur visionären Gestaltung ihrer Zukunft mutig unter Beweis stellten. Sie skandierten „Deutschland einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“ zu einem Zeitpunkt, als der Gang der Geschichte nicht absehbar war.

Die Deutsche Wiedervereinigung ist somit ein leuchtendes Beispiel dafür, was möglich ist, wenn ein visionäres Ziel entschlossen verfolgt wird. Doch besteht ein Bezug zu den Problemen und Herausforderungen unserer Gegenwart?

Unsere postmoderne Zeit scheint gerade durch einen Mangel an Perspektiven geprägt zu sein. Es fehlt eine Vision, die langfristige Ziele beschreibt, für die wir gemeinsam arbeiten wollen und von der wir gemeinsam, das heißt alle Gruppen, Schichten und Generationen unseres Landes, profitieren können. Gerade die gegenwärtige Krise offenbart diesen Mangel an Orientierung. Ergebnis ist derzeit ein kurzfristiger, pragmatischer Politikansatz, bei dem politische Entscheider allzu oft zu Getriebenen des Wandels werden und nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren. So wird auch die jüngst diskutierte Wirtschaftsunion in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als Ergebnis einer langfristigen und zielgerichteten Europapolitik wahrgenommen, sondern als Konsequenz eines kurzfristigen Krisenmanagements. Gerade in schweren Zeiten der Unsicherheit und des Wandels wird die Notwendigkeit eines klaren politischen Kompasses immer dringlicher, da sich die Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse enorm beschleunigen.

Ein zweiter Aspekt ist, dass die Notwendigkeit einer nationalen Lösungsstrategie zunehmend geleugnet wird. Alle Herausforderungen unserer Zeit scheinen nur international zu bewältigen zu sein, fast so als dürften die Menschen nur dann auf einen Ausweg aus der Krise hoffen, wenn sich alle europäischen Staatschefs zu einem Gipfeltreffen versammeln. Die Menschen haben jedoch längst verstanden, dass es keine Lösung „deus ex machina“ geben wird. So ist von der „Wirtschaftsregierung“, die künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Euro-Zone koordinieren soll, zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zu erwarten, entscheidend ist jedoch, ob die Angleichung der unterschiedlichen nationalen Leistungsbilanzen gelingen wird. Die Euro-Krise erfordert mehr als bloßes, kurzfristiges Krisenmanagement. Wichtiger als die Frage einer im Wochenrhythmus verkündeten neuerlichen Rettung ist die Frage nach den Grundprinzipien funktionierender Volkswirtschaften. Neben einer restriktiven Fiskalpolitik ist die Entwicklung der nationalen Leistungsbilanzen von entscheidender Bedeutung. Ein Ende der Krise ist daher nur denkbar, wenn die Hauptursache der Krise bekämpft wird und alle Staaten Europas ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern beziehungsweise angleichen. Auch Deutschland bleibt hierbei aufgefordert, eine nationale Strategie zur Steigerung der eigenen Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit zu formulieren. Nur auf Basis einer solchen

nationalen Strategie lassen sich chancenreiche Lösungsentwürfe für die europäische Ebene ableiten.

Auf der Suche nach einer nationalen Vision: Konservative Reformpolitik

Jede Krise ist anders. Historische Konstellationen wiederholen sich nicht, und die Zukunft war noch nie die Wiederherstellung des zuvor Gewesenen. Die Geschichte bietet keine Exempelsammlung, aus der man – eins zu eins – Handlungsempfehlungen ableiten könnte. Sinnvoll, ja notwendig ist jedoch eine Besinnung auf historische Grundlagen, denn nur im Wissen um unsere Vergangenheit können wir in die Zukunft blicken. Jeder Zukunftsentwurf der Gegenwart stellt auch eine Projektion des Wissens um unsere Geschichte dar. Diese Erkenntnis ist insofern wesentlich, da Politik immer zukunftsgerichtet ist und der Blick stets nach vorne gerichtet sein muss. Hierdurch geht die Chance verloren, aus der Vergangenheit eine tragfähige Brücke in die Zukunft zu schlagen. Die Bedeutung dieser Erkenntnis wird heute umso dringlicher, da in unserer Zeit die Bereitschaft zu steigen scheint, alles in Frage zu stellen. Forderungen nach revolutionären Änderungen bedeuten jedoch nichts anderes, als unser Grundverständnis zu hinterfragen, und mancher Reformvorschlag, der eine radikale Abkehr beschreibt, vermittelt lediglich die Illusion des Fortschritts, obwohl er mehr zerstört als nützt.

Wenn ‚alternativlose‘ Sachzwänge eine Radikalreform rechtfertigen sollen, geht es in Wirklichkeit um nicht weniger als um die Demontage der Errungenschaften, die uns haben stark werden lassen. Auch daher muss der Wandel evolutionär und nicht revolutionär sein. Hierbei müssen die Begriffe „Reform“ und „konservativ“ miteinander verbunden und mit Leben gefüllt werden. Galt im Mittelalter „Conservatio“ zwar als Gegenbegriff zu „Reformatio“, zielte „Reformatio“ zu dieser Zeit ausschließlich auf die Wiederherstellung einer fehlerhaften göttlichen Weltordnung. Unter Reform wurde demnach nicht ein Durchbruch nach vorn, sondern die Beseitigung von Missständen und die Restauration der alten, missachteten oder in Vergessenheit geratenen Norm verstanden. Erst in der Zeit nach der Französischen Revolution entwickelte sich der heutige Reformbegriff als Gegenpol zur gewaltsamen Revolution. Unter Reformen verstehen wir heute nicht mehr die Wiederherstellung einer alten Ordnung, sondern eine zukunftsgerichtete Politik, die behutsam und bewahrend Veränderungsprozesse gestaltet.

Konservatives Denken und Reformen bilden daher keinen Gegensatz: Das Bessere ist der Feind des Guten – aber eben nur das Bessere!

Konservativ sein, heißt nicht antimodern oder gar fortschrittsfeindlich zu sein. Konservativ sein bedeutet, behutsam mit den Erfahrungen und dem Bestehenden umzugehen, statt Radikallösungen und Kahlschlag zu fördern. Gerade im Kontext des ständigen Wandels müssen wir zu der Überzeugung gelangen, dass es trotz permanenter Veränderung etwas gibt, das sich zu bewahren lohnt, weil es sich bewährt hat. Dieser moderne Konservatismus ist mehr als ein intellektuelles Gerüst, er ist eine Lebensphilosophie, die Tradition und Innovation verbindet. Hierbei ist die konservative Reformpolitik der Union modern aus Tradition. Frei und undogmatisch müssen CDU und CSU als Regierungsparteien den Mut aufbringen, das bisher Erreichte kritisch zu prüfen. Insbesondere eine Regierungspartei ist aufgefordert, ständig an dem Reformprogramm zu arbeiten, um die Fragen nach Sinn und Richtung zu beantworten. Erst wenn die Frage nach dem Wozu und Wohin geklärt ist, Einigkeit über das Ziel besteht und das Ziel den Einsatz rechtfertigt, werden sich notwendige Anstrengungen der Bevölkerung mobilisieren lassen.

Auch wenn sich die Politik nicht im Pragmatismus des Alltags verlieren darf – lassen nicht gerade die handfesten, realen Probleme der Menschen praktische Lösungen wichtiger werden als visionäre Träumereien?

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ – Kein Zitat hat dem Begriff der Vision so nachhaltig geschadet wie das von Helmut Schmidt. Vielfach wiederholte Helmut Schmidt diesen Gedanken, zumeist weniger flapsig, so zum Beispiel in einem Gespräch mit Eberhard Jäckel und Edzard Reuter: „Ich habe einen Einwand gegen den Gebrauch des Wortes Vision oder langfristige Vision. Mir sind Leute mit Visionen immer als gefährlich erschienen. Jedenfalls soweit sie in der Politik zu handeln hatten. (...) Ich bin für Zielsetzungen in überschaubarer Zukunft, und ich bin dafür, dass man diese Ziele dann pragmatisch erreicht. Einen Schritt nach dem anderen. Da gibt es auch Rückschläge, die muss man überwinden, dann kann man auf den alten Stand zurückkehren und anschließend wieder einen Schritt nach vorne gehen.“

Die Generation Helmut Schmidts und nicht zuletzt die ostdeutschen Mitbürger eint ihr berechtigtes Misstrauen gegenüber hierarchischen Apparaten, Militarismus und politischer Verführung. Jede Begeisterung jenseits einer pragmatisch, rational abgeklärten Zustimmung ruft nicht nur Sorge, sondern Ängste hervor. Politische „Visionen“ der deutschen Vergangenheit erwiesen sich oftmals als Quelle von Hass, Unterdrückung und Gewalt.

Doch lassen sich nicht in unserer jüngeren Geschichte unzählige positive Beispiele politischer Visionen aufzeigen? War nicht bereits die Entscheidung Adenauers zur Westbindung visionär? Muss nicht die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard als visionär bezeichnet werden? Spätestens die friedliche Revolution in der DDR beweist nicht nur die positive Kraft, sondern die Notwendigkeit einer visionären Politik. So muss auch die politische Vision unserer Zeit geprägt sein von Demokratie, Freiheit und Mitmenschlichkeit. Auch dem zweiten Aspekt der Kritik Helmut Schmidts, der Visionen als Phantasterei brandmarkt, da sie lediglich ferne Ziele beschreiben würde, ohne jedoch Hinweise auf notwendige Schritte der konkreten Problemlösung zu geben, muss widersprochen werden. Eine politische Vision muss dem Anspruch gerecht werden, für die Bürger in überschaubaren Projekten glaubhaft und dadurch nachvollziehbar und begreifbar zu sein. Es geht eben nicht nur um ein visionäres Ziel, das weit in der Zukunft schwebt, sondern auch und gerade um sehr konkrete pragmatische kleine Schritte, die dieser Vision entsprechen.

Insgesamt benötigen wir gerade im Dickicht der Tagespolitik und in einer Zeit, in der alle Orientierung zu schwinden droht, eine Vision als „Leitstern“. Wirklichen Fortschritt hat es noch nie ohne Visionen gegeben – technokratischer Pragmatismus, das heißt die ausschließliche Darstellung und Lösung von Sachproblemen, ist nicht ausreichend.

Der erste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen, alle Mitbürger verbindenden Vision ist die Beantwortung der Frage nach unserem „Markenkern“, den Werten, die uns verbinden, und den Stärken, die uns als Gesellschaft und Nation auszeichnen.

Steht bei einem pragmatischen Politikansatz die Problemidentifizierung am Anfang, um dann die Entwicklung und Abwägung von Handlungsoptionen zu ermöglichen, müssen wir den Richtungspfeil dieser Methodik umkehren. Nicht die Fixierung auf mögliche Herausforderungen und die Debatte zu scheinbar sinnvollen Lösungen sollten unser Denken dominieren, sondern die präzise Analyse unserer Stärken und die Frage, welche Lösungsoptionen sich aus diesen spezifischen Stärken ergeben können.

Dieses Prinzip gilt für unsere Gesellschaft ebenso wie individuell für jeden einzelnen Bürger. Nur wer sein Potential kennt, gezielt ausbaut und entfaltet, wird seine Chancen nutzen können. Auch jedes Unternehmen und jeder Betrieb analysiert in der Krise zuallererst die eigene Lage, wobei die Herausforderungen des Marktes ebenso betrachtet werden, wie die eigenen Schwächen und Stärken. Als Gesellschaft scheinen wir jedoch ausschließlich auf unsere Schwächen fixiert zu sein. Hier besteht kein zusätzlicher Bedarf einer weiteren Analyse, da gerade in jüngster Zeit hierzu bereits Bücherregale gefüllt wurden.

Es kommt daher jetzt darauf an, dass wir uns mit Mut und Zuversicht auf bewährte Stärken besinnen und das Erfolgsrezept unserer Nation wiederentdecken. Denn nur auf dieser Grundlage lässt sich in einem hierauf aufbauenden, zweiten Schritt eine moderne Vision für unsere Zeit entwickeln, die durch Mut, Anstrengung und Entschlossenheit Wirklichkeit werden kann.

Um Deutschland auf die Zukunft auszurichten, sind keine neuen, revolutionären Wege zu beschreiten, vielmehr geht es vorrangig darum, verborgene Stärken zu reaktivieren, die in den vergangenen Jahren zunehmend vernachlässigt, missinterpretiert und gering geschätzt wurden. Es ist ein umfassender Revitalisierungsprozess erforderlich, bei dem Deutschland seinen Kern wahr, authentisch bleibt und seine ureigensten Stärken nutzt.

Rückbesinnung auf die Stärken unseres Landes – Soziale Marktwirtschaft

Deutschland im Mai 1945. Die Lebenswirklichkeit der Menschen im zerstörten Deutschland in der Stunde Null war geprägt von Ängsten und Sorgen: militärisch geschlagen, moralisch desavouiert, ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft, ein Leben in Trümmern und Elend, in ewiger Abhängigkeit der Siegermächte, als geteilte Nation und nicht zuletzt in Sorge, ganz in den Machtbereich der Sowjetunion zu fallen oder zum Schauplatz eines neuen Krieges in Europa zu werden. Diese Ängste waren real und die Hoffnung auf ein Leben im Wohlstand und Freiheit ferne, ja abwegige Phantastereien.

Neben Konrad Adenauer gehört Ludwig Erhard zu den wichtigsten Gründerfiguren der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Erhard als Wirtschaftsminister und später als Bundeskanzler über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg den Wiederaufbau im freien Deutschland entscheidend mitgestaltet. Ohne die von ihm geprägte Soziale Marktwirtschaft wären der in unserem Land erreichte wirtschaftliche Wohlstand und soziale Friede undenkbar.

Das untrennbar mit ihm verbundene Versprechen „Wohlstand für alle“ war kurz nach der Stunde Null überaus ambitioniert. Erhards Soziale Marktwirtschaft war nie zuvor praktiziert worden und das Risiko des Scheiterns groß. Er versprach in schweren Zeiten größten Mangels nicht ein „Rundum-sorglos-Paket“ des deutschen Sozialstaats, sondern vielmehr eine Balance zwischen Eigenverantwortung, Wettbewerb und Solidarität. Das auf diesen Grundsätzen beruhende System der Sozialen Marktwirtschaft wurde zu mehr als einem Wirtschaftssystem – es wurde zu unserem Gesellschaftsmodell, das erstmals Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen dachte und verstand. Erhard konzipierte die Soziale Marktwirtschaft nicht als eine durch staatliche Eingriffe und Sozialmaßnahmen gebremste Marktwirtschaft, sondern als eine Marktwirtschaft, die durch soziale Komponenten in ihrer Funktionsfähigkeit gestärkt wird. Wesentliche Grundlage war die Überzeugung, dass sich Ehrgeiz mit Mitmenschlichkeit und Erfolg mit Solidarität verbinden lassen – Gedanken, die auch heute von bestechender Aktualität sind. So sind Sätze aus der Gründungsphase

Deutschlands damals ebenso richtig wie heute: Die soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt unserer Wirtschafts- und Sozialordnung stehen.

Eine Wirtschaftsordnung, die nur auf die Logik des Marktes setzt, wird ebenso scheitern wie der Versuch einer zu starken staatlichen Einflussnahme. Denn genau diese Balance zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Einflussnahme muss wiederhergestellt werden, da mit dem Ende der Periode des deutschen Wirtschaftswachstums in den 70er Jahren der Sozialstaat zunehmend fehlgedeutet wurde.

Die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft noch zu uns passt oder sich ebenso überlebt hat wie die Zigarren Erhards, muss somit entschlossen beantwortet werden, indem die programmatische Kraft der Sozialen Marktwirtschaft neu belebt wird. Die Soziale Marktwirtschaft ist kein fertiges Produkt, sondern ein Konzept, das lebendig diskutiert und weiterentwickelt werden muss, um nicht zu einem versteinerten Dogma zu verkommen. Nur wenn es uns gelingt, ihre Grundprinzipien immer wieder neu zu reaktivieren, wird die Soziale Marktwirtschaft zu einem zeitlosen Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben.

Das entscheidende Argument für eine Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft ist ihr Erfolg, denn die Erfolgsgeschichte Deutschlands ist die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft. Heute ist der Verweis auf Erhards Idee oftmals Ersatzhandlung und Alibi – dem Buch „Wohlstand für alle“ geht es wie Marx’ „Kapital“ in der DDR – es wird gerne zitiert, doch kaum jemand hat es wirklich gelesen. ‚Die Soziale Marktwirtschaft ist der Schlüssel zur Lösung unserer Probleme‘ – was heißt das konkret?

Wer eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft fordert, muss sich für eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stark machen. Im Sommer 2008 – zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft – erregte eine Umfrage des Bankenverbandes Aufsehen, die das Ergebnis hatte, dass die Zufriedenheit der Bürger mit dem System der Sozialen Marktwirtschaft stark gesunken sei. Auch langfristige Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit infas vermeldeten für das Jahr 2011, dass nur 14 Prozent aller Deutschen „voll und ganz“ der Meinung sind, dass wir in Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft haben, während 30 Prozent „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ davon überzeugt sind, dass unser Wirtschaftsmodell den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ länger verdient.

Der „neoliberale Turbokapitalismus“ ist heute Projektionsfläche für viele, die die Reduzierung staatlicher Leistungen anprangern wollen. Doch hier wird ein Feindbild konstruiert, wo keines ist: Neoliberaler Markt-radikalismus ist ebenso falsch wie autoritärer Staatskapitalismus. Einschnitte sind dort notwendig, wo die Formen staatlicher Einflussnahme ausgewuchert sind. Eine Reform des Sozialstaats zu fordern, bedeutet somit nichts anderes, als den Dingen wieder die richtige Form zu geben, gerade um das System der Sozialen Marktwirtschaft auch für kommende Generationen zu erhalten. Diese Maßnahmen dürfen nicht als neoliberal diffamiert werden.

Gerade dann, wenn die Erwartungen immer größer werden und niemand mehr erklärt, zu welchen Leistungen der Staat in der Lage ist und wo die Grenzen des Sozialstaats liegen, ist die Zustimmung zu unserem Gesellschaftssystem in Gefahr. Eine Marktwirtschaft muss nicht radikal sein, um effizient zu sein. Dies ist nicht nur aus moralischen Gründen abzulehnen, sondern auch, weil es wirtschaftlich falsch ist. Wahr ist aber, dass nur eine leistungsstarke Gesellschaft wirklich solidarisch sein kann. Die Soziale

Marktwirtschaft verbindet daher wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich.

Erneuerung auf Nationaler Ebene

Ludwig Erhard verliet in seinem Buch „Wohlstand für alle“ in dem Kapitel „Versorgungsstaat – Der moderne Wahn“ seiner Befürchtung Ausdruck, dass „vermeintliche soziale Maßnahmen“ die Eigenverantwortung und somit die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft „zum Absterben verurteilen“ werden. Nicht nur die Stärken Deutschlands, sondern auch seine Schwächen scheinen bereits in seiner Gründung angelegt zu sein. Seit den fünfziger Jahren ist es uns stetig gelungen, unseren Wohlfahrtsstaat über die bloße Absicherung des Existenzrisikos hinaus auszubauen. Heute ist der Sozialstaat schließlich so weit entwickelt, dass er ineffizient und sogar

„Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird.“

Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 245.

Ursache der sozialen Ungerechtigkeit geworden ist. Der Staat, der vor der Armut schützen will, erzeuget Elendskarrieren und hat eine Struktur angenommen, die niemand mehr wirklich durchschauen kann. Obwohl seine Gesetze und Verordnungen aufgrund ihrer Komplexität in der Praxis oftmals gar nicht mehr umgesetzt werden können, versucht der Staat weiterhin, auf zu vielen Feldern das öffentliche wie private Leben bis ins Detail durch Gesetze, Verordnungen und Vorschriften zu regeln.

Es ist an der Zeit, einem Staat eine Absage zu erteilen, der alle Lebensbereiche seiner Bürger zu beeinflussen sucht. Damit bürgerliche Freiheit und Soziale Marktwirtschaft nicht in einer Normenflut ertrinken, müssen die Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen und die Überbürokratisierung vehement reduziert werden. Insgesamt geht es hierbei um eine Neujustierung der Balance von Staat, Markt und Gesellschaft.

Gerade am Beispiel des Bürokratieabbaus lässt sich veranschaulichen, dass dieser Weg schwerfällt. Über dessen Notwendigkeit besteht parteiübergreifender Konsens und auch gesamtgesellschaftlich eine breite Zustimmung. Die Politik muss jedoch diesen Wandel nicht nur versprechen, sondern auch herbeiführen, um dadurch das Staatsgefüge zu entflechten.

Auch das deutsche Steuersystem, das zu den kompliziertesten der Welt gehört und seit Jahren das Wachstum bremst, muss vereinfacht werden. Auch hier gibt es – wie beim Bürokratieabbau – eine breite Mehrheit für Reformen: die meisten Menschen wünschen sich ein einfaches, gerechtes und leistungsbejahendes Steuersystem. Die wichtigste Ursache sowohl für Bürokratie als auch für unser hochkomplexes Steuerrecht ist die immerwährende Suche nach Einzelfallgerechtigkeit und dem Perfektionsdrang bis ins kleinste Detail. Der Versuch, Gerechtigkeit zu verwirklichen und jeden Spezialfall zu berücksichtigen, führte zu einer unüberschaubaren Zahl von Verordnungen, Ausnahmen und Auslegungen, die neue Ungerechtigkeiten schaffen. Unser Steuerrecht hat seine Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Beständigkeit verloren und wird daher von der Mehrheit unseres Volkes nicht mehr verstanden. Nur ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und ermöglicht den Bürgern zudem eine Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken und für

das Alter treffen zu können. Ein einfaches, nachvollziehbares und somit akzeptiertes Steuersystem schafft mehr Gerechtigkeit als ein kompliziertes, welches jedem Einzelfall gerecht zu werden versucht. Es gilt, den Steuerdschengel zu durchforsten und das Paragraphendickicht der staatlichen Überregulierung und Bürokratie zu bekämpfen, um hierdurch wirksame Impulse für mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung zu geben.

Doch nicht nur in diesen Bereichen besteht Handlungsbedarf: In der Vergangenheit wurde der starke Staat allzu oft mit einer starken Gemeinschaft verwechselt. Staat und Gesellschaft dürfen hierbei jedoch nicht gleichgesetzt werden. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe macht nicht immer ein Handeln des Staates erforderlich. Das Volk will keinen „Vollkaskostaat“, und die Zahl derer steigt, die einer derartigen Bevormundung überdrüssig sind. Ziel ist eine aktive Bürgergesellschaft, in der Eigenverantwortung praktiziert und das Ausmaß staatlicher Eingriffe reduziert werden.

„So viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig.“ Das heißt nicht, dem Staat eine generelle Absage zu erteilen, sondern im Gegenteil einen Staat zu fordern, der wohldosiert, präzise, zielgerichtet und wirkungsvoll handelt. Insbesondere den hart arbeitenden Menschen in Deutschland – Kindergärtnern, Handwerkern, Polizisten und vielen anderen –, die fleißig und verlässlich der Gesellschaft dienen, fehlt die Stimme in Politik und Medien. Sie sind die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft und bilden das Fundament unseres Wohlstands. Die Soziale Marktwirtschaft muss diese Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt des politischen Denkens stellen. Staatlich gesteuerte Gerechtigkeit pauschalisiert und verallgemeinert, obwohl moderne Sozialpolitik beim Einzelnen ansetzen muss.

Erneuerung auf europäischer Ebene

Angesichts der heutigen Euro-Schulden-Krise bildet eine rein nationale Vision zwar die entscheidende Basis, ist aber alleine zur Problemlösung nicht hinreichend. Nachdem in einem ersten Schritt eine nationale Vision zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft formuliert wurde, lautet die Aufgabe im Kern, das nationale Konzept, das für eine geschlossene Volkswirtschaft entwickelt wurde, international zu übersetzen.

Für die Europäische Union ist in Art. 3 des EU-Vertrags eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ als Ziel formuliert. Zweifelsohne hätten wir heute keine Krise, wären in den Defizitstaaten die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten berücksichtigt worden.

Doch auch zur Bewältigung der Krise müssen weniger neue Antworten gefunden werden, als dass wir uns an alte Grundsätze erinnern sollten. Auch wenn Erhard die Diskussion der Euro-Bonds nicht vorhersehen konnte, bieten seine Aussagen ein intellektuelles Grundgerüst bei der Suche nach Antworten. So muss sich die Leistung jedes Einzelnen und somit auch jedes einzelnen Staates lohnen. Der Einzelne ist und bleibt verantwortlich und eine Vergemeinschaftung der Schulden und Risiken setzt falsche Anreize. Jeder Euro der ausgegeben wird, muss an anderer Stelle verdient werden – nur auf Basis dieser Wahrheit gilt das Prinzip der Solidarität.

Da jedoch eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden ebenso falsch wäre wie unkontrollierte Staatsinsolvenz mit unübersehbaren Folgen für die gesamte Eurozone, wurde mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ein befristeter Rettungsschirm über die gesamte Eurozone gespannt. Neben dem Ziel kurz- und mittelfristig überschuldeten Euro-Staaten solidarisch zur Seite zu stehen, um diese in kontrollierbaren

Schritten zu sanieren, geht es jedoch vor allem darum, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen Euro-Staaten einzuführen. Jede Nation muss für die eigenen finanziellen Verpflichtungen einstehen - nur dieser Schritt garantiert eine dauerhafte und nachhaltige Finanzpolitik.

Haftung und Eigenverantwortung gehören untrennbar zusammen. Unser entschlossenes Nein zu Euro-Bonds und automatischen Haftungs- und Zahlungsverpflichtungen nach dem System des deutschen Länderfinanzausgleichs sind daher keine willkürlichen, deklaratorischen roten Linien, sondern klare Konsequenz unserer Überzeugung, dass eine solide Haushaltsführung nicht bestraft werden darf.

Letztendlich ist gerade die Euro-Schulden-Krise eine Bewährungsprobe für die Gültigkeit unserer Grundsätze und ein mustergültiges Beispiel dafür, dass keine neuen Regeln und Lösungen entworfen werden müssen, sondern dass wir uns vielmehr unserer eigenen Grundsätze bewusst werden müssen, sei es die 60-Prozent-Marke der Staatsverschuldung oder die 3-Prozent-Hürde bei Neuschulden.

Auch Deutschland hat unter der rot-grünen Bundesregierung wiederholt gegen diese Kriterien verstoßen und ist in diesen Jahren seiner Vorbildrolle für Stabilität und solide Haushaltsführung nicht gerecht geworden. Zudem hat die Aufnahme Griechenlands in den Euroraum in der Zeit der rot-grünen Regierung dem Stabilitätsgedanken in Europa schweren Schaden zugefügt. Nun gilt es das Vertrauen in die Stabilität des Euros und die Zukunftsfähigkeit Europas zu erneuern, indem wir - wie während des CDU Parteitags in Leipzig jüngst als Ziel festgelegt - aus der Währungsunion eine dauerhafte Stabilitätsunion machen.

Die Antworten auf komplexe Fragen müssen nicht kompliziert sein. Es gilt im Gegenteil, sich der zeitlosen Maxime Erhards zu erinnern, dass der Einzelne verantwortlich für sein Handeln ist und eine Vergemeinschaftung der Schulden und Risiken falsche Anreize setzt. Eine Rückbesinnung auf diese einfachen Grundsätze hat zudem den enormen Vorteil, dass diese von den Menschen verstanden werden, da diese einfachen Grundregeln die Basis unserer Gesellschaft bilden, mit denen wir alle aufgewachsen sind.

Konsequenzen für unsere Politik

Im Jahr 1945 war Deutschland zerstört. Ruinen prägten unser Land, Schuld, Scham und Hoffnungslosigkeit die Menschen. Deutschland war der Erfolg des Wirtschaftswunders nicht in die Wiege gelegt. Die Generation, die diesen Aufschwung erarbeitet hat, hat allen Grund, stolz zu sein. Die Geschichte unserer Demokratie seit 1949 ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Auch heute, mehr als 65 Jahre nach der Stunde Null, stehen wir vor vielen Herausforderungen. Die letzten Jahrzehnte unserer Geschichte müssen uns jedoch Vertrauen geben, um die aktuellen Herausforderungen selbstbewusst zu bewältigen.

Für die politische Wirklichkeit gilt, dass derjenige die Zukunft gestaltet, der eine Mehrheit für seine Überzeugung gewinnt. Angesichts unseres Ziels, die Fundamente unserer Nation zu erneuern, reicht es nicht, eine Wahl zu gewinnen. Das Ziel muss lauten, die Menschen in unserem Land von der Idee einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft zu begeistern.

Leitbild ist hierbei eine grundlegend neue Wahrnehmung der Sozialen Marktwirtschaft, in der Eigenverantwortung und Eigenvorsorge ebenso verwirklicht sind wie Mitmenschlichkeit und Solidarität. Initiative und Wettbewerb dürfen nicht länger als Bedrohung liebgewonnener sozialer Errungenschaften verstanden werden, sondern vielmehr als Grundvoraussetzung einer funktionierenden und prosperierenden Sozialen Marktwirtschaft.

schaft. Dafür müssen Bedingungen gestaltet werden, die Leistungsbereitschaft und Tüchtigkeit, Vertrauen in die eigene Kraft ebenso stärken, wie soziale Verantwortung und Gemeinsinn. Denn der Kern einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, dass sie individuelle Chancenvielfalt und gesamtgesellschaftliche Solidarität untrennbar verbindet.

Die soziale Sicherheit, der Schutz vor Armut und wirtschaftlichem Elend, vor allem als Folge von Krankheit oder Alter, ist und bleibt ein Fundament unserer Nation. Angesichts der aktuellen Euro-Schulden-Krise gilt für die europäische Ebene genau wie für die nationale, dass es Situationen und Zeiten geben kann, in denen man der Hilfe einer solidarischen Gemeinschaft bedarf. Dieses Solidaritätsprinzip darf auf nationaler Ebene nicht mit dem Ruf nach einem übermächtigen Staat verwechselt werden und auch auf europäischer Ebene kann die Staatengemeinschaft nicht dazu dienen, alle Risiken für jeden Eventualfall zu übernehmen. Dies würde sonst unweigerlich zu einer falschen Mentalität und unerfüllbaren Erwartungshaltungen führen. Es ist falsch und kurzsichtig, den Bürgern vorzugaukeln, dass der Staat bzw. Staatenbund dieser Rolle gerecht werden und die hierfür notwendigen neuen Geldquellen öffnen kann.

Die Soziale Marktwirtschaft versprach den Menschen nie Leistung ohne Arbeit. Damit sich die positive Kraft der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft entfalten kann, muss die Politik - national, wie auch auf europäischer Ebene - die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Und wir alle müssen uns für mehr Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung einsetzen. Das heißt nichts anderes, als dass die Grundregeln, die jede erfolgreiche Volkswirtschaft auszeichnet und erfolgreich werden ließen, neu gestärkt werden müssen.

Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit sind wichtige politische Tugenden. Sie können jedoch gesunden Menschenverstand, Mut und visionäre Tatkraft nicht ersetzen. Politiker müssen Antworten auf die großen Zukunftsfragen geben und nicht nur auf drängende Probleme reagieren, die sie weder erwartet noch beeinflusst haben. Mut zur Wahrheit, Glaubwürdigkeit und nicht zuletzt politische Führung sind unverzichtbare Kennzeichen politischen Handelns. Nur hierdurch kann die Grundlage einer neuen, vertrauensvollen Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft geschaffen werden.

Die Union steht mit den epochalen Erfolgen der Sozialen Marktwirtschaft, der deutschen Westbindung und Wiedervereinigung nicht am Ende ihrer Möglichkeiten. Vielmehr erwächst aus dieser Tradition der Anspruch, auch gegenwärtig die Zukunft zu gestalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Wiedervereinigung und auch während der Finanzkrise wählten die Deutschen eine CDU/CSU-Regierung, um unsere Nation in schwieriger Zeit in die Zukunft zu führen. Heute kommt es darauf an, dem deutschen Volk neuen Mut zu geben, um gemeinsam und letztendlich erfolgreich den Anstrengungen der Gegenwart und Zukunft zu begegnen.

Ansprache bei der Willkommenszeremonie

anlässlich seines Empfanges
bei Bundespräsident Christian Wulff
im Schloss Bellevue am 22.09.2011

von Papst Benedikt XVI.

> Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Durch den liebenswürdigen Empfang, den Sie mir hier in Schloss Bellevue bereiten, fühle ich mich sehr geehrt. Ihnen, Herr Bundespräsident Wulff, bin ich besonders dankbar für die Einladung zu diesem offiziellen Besuch, der mein dritter Aufenthalt als Papst in der Bundesrepublik Deutschland ist. Von Herzen danke ich Ihnen für die freundlichen Begrüßungsworte, die Sie an mich gerichtet haben.

Ebenso gilt mein Dank den Vertretern der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates sowie der Stadt Berlin für ihre Anwesenheit, mit der sie ihren Respekt gegenüber dem Papst, dem Nachfolger des Apostels Petrus, zum Ausdruck bringen. Und nicht zuletzt danke ich den drei gastgebenden Bischöfen – Erzbischof Woelki von Berlin, Bischof Wanke von Erfurt und Erzbischof Zollitsch von Freiburg – sowie allen, die auf verschiedenen kirchlichen und öffentlichen Ebenen an der Vorbereitung dieser Reise in mein Heimatland mitgewirkt haben und so zu ihrem Gelingen beitragen.

Auch wenn diese Reise ein offizieller Besuch ist, der die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Heiligen Stuhl weiter festigen wird, so bin ich nicht in erster Linie hierher gekommen, wie es andere Staatsmänner zu Recht tun, um bestimmte politische oder wirtschaftliche Ziele zu verfolgen, sondern um den Menschen zu begegnen und über Gott zu sprechen.

Der Religion gegenüber erleben wir eine zunehmende Gleichgültigkeit in der Gesellschaft, die bei ihren Entscheidungen die Wahrheitsfrage eher als ein Hindernis ansieht und stattdessen Nützlichkeitsabwägungen den Vorrang gibt. Es bedarf aber für unser Zusammenleben einer verbindlichen Basis, sonst lebt jeder nur noch seinen Individualismus.

Die Religion ist eine dieser Grundlagen für ein gelingendes Miteinander. „Wie die Religion der Freiheit bedarf, so bedarf auch die Freiheit der Religion“. Dieses Wort des großen Bischofs und Sozialreformers Willhelm von Ketteler, dessen zweihundertsten Geburtstag wir in diesem Jahr feiern, ist heute nach wie vor aktuell. Freiheit braucht die Rückbindung an eine höhere Instanz.

Dass es Werte gibt, die durch nichts und niemand manipulierbar sind, ist die eigentliche Gewähr unserer Freiheit. Der Mensch, der sich dem Wahren und dem Guten verpflichtet weiß, wird dem sofort beipflichten: Freiheit entfaltet sich nur in der Verantwortung vor einem höheren Gut.

Dieses Gut gibt es nur für alle gemeinsam; deshalb muss ich immer auch meine Mitmenschen im Blick haben.

Freiheit kann nicht in Beziehungslosigkeit gelebt werden. Im menschlichen Miteinander geht Freiheit nicht ohne Solidarität. Was ich auf Kosten des anderen tue, ist keine Freiheit, sondern schuldhaftes Handeln, das den anderen und auch mich selbst beeinträchtigt. Wirklich frei entfalten kann ich mich nur, wenn ich meine Kräfte auch zum Wohl der Mitmenschen einsetze. Das gilt nicht nur für den Privatbereich, sondern auch für die Gesellschaft. Diese hat gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den kleineren Strukturen ausreichend Raum zur Entfaltung zu geben und zugleich eine Stütze zu sein, damit sie einmal auf eigenen Beinen stehen können.

Hier am Schloss Bellevue, das seinen Namen dem schönen Blick auf das Spreeufer verdankt, unweit der Siegestsäule, des Bundestags und des Brandenburger Tors gelegen, stehen wir mitten im Zentrum Berlins, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Das Schloss ist - wie viele Gebäude der Stadt - mit seiner bewegten Vergangenheit ein Zeugnis deutscher Geschichte. Der klare Blick auch auf ihre dunklen Seiten ermöglicht uns, aus der Vergangenheit zu lernen und Anstöße für die Gegenwart zu erhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die von der Verantwortung vor Gott und voreinander gestaltete Kraft der Freiheit zu dem geworden, was sie heute ist. Sie braucht diese Dynamik, die alle Bereiche des Humanen einbezieht, um unter den aktuellen Bedingungen sich weiter entfalten zu können. Sie braucht dies in einer Welt, die einer tiefgreifenden kulturellen Erneuerung und der Wiederentdeckung von Grundwerten bedarf, auf denen eine bessere Zukunft aufzubauen ist.

Ich wünsche mir, dass die Begegnungen an den verschiedenen Stationen meiner Reise hier in Berlin, in Erfurt, im Eichsfeld und in Freiburg dazu einen kleinen Beitrag leisten können. In diesen Tagen schenke Gott uns allen seinen Segen.

Alle Reden von Papst Benedikt XVI. während seines Deutschlandbesuches vom 22. bis 25. September 2011 findet man im Internet unter <http://www.papst-in-deutschland.de/presse/reden/>

Nicht abschreckend: Die Debatte um Studienbeiträge oder der Abschied von einem linken Mythos

von Frederik Ferreau

> Man hat es aber auch nicht leicht im Meinungskampf: Über Jahre und Jahrzehnte hinweg treibt man mit scharfer argumentativer Klinge den politischen Gegner vor sich her, bis er in der Ecke sitzt – um dann zu merken, dass der Rost der Realität die eigene Klinge hat stumpf werden lassen.

So ergeht es gerade den Vertretern linker Parteien und Studentenvertreter auf dem „Schlachtfeld“ Hochschulpolitik. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse fachen die Debatte um eine Beteiligung der Studenten an der Hochschulfinanzierung wieder neu an.

Die These

Gegen die Erhebung von Studienbeiträgen wurde von linker Seite stets argumentiert, diese schreckten Studierwillige von der Aufnahme eines Studiums ab. Und da dies vor allem junge Menschen mit einkommensschwachem Hintergrund beträfe, konnte diese Argumentation noch mit dem Vorwurf aller Vorwürfe, nämlich dem sozialer Ungerechtigkeit, garniert werden. Die Wirkmächtigkeit dieser Argumentation – welche bekanntermaßen inzwischen in fünf der ursprünglich sieben die Beiträge erhebenden Bundesländer zur Kehrtwende geführt hat – liegt vor allem an der hohen Plausibilität, die sie zumindest auf den ersten Blick ausstrahlt: Wer kein oder nur wenig Geld hat und dann auch noch zusätzliches Geld für sein Studium zahlen muss, der wird kaum ein Studium aufnehmen.

Die Widerlegung

Doch wie so oft bei politischen Argumentationen trägt der *prima facie*-Befund. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer von Tina Baier und Marcel Helbig am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) – übrigens eine Einrichtung, die nun nicht gerade im Ruf bürgerlich-politischer Hofberichterstattung steht – durchgeführten und im September 2011 veröffentlichten Studie. Demnach haben „Studiengebühren keinen signifikant negativen Effekt auf die Studierneigung der Studienberechtigten“¹. Anders als Studien mit gegenläufigem Ergebnis haben die Autoren sich nicht mit einer Deskription der Studienanfängerzahlen vor und nach Einführung von Beiträgen begnügt oder, wie etwa die Studie des Hochschulinformationszentrums (HIS), den befragten Personen, die sich gegen ein Studium entschieden haben, in suggestiver Weise die Studien-

¹ Baier/Helbig, War all die Aufregung umsonst? Über die Auswirkung der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbereitschaft in Deutschland, Discussion Paper, abrufbar unter <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2011/p11-001.pdf>, S. 23; vgl. auch ebd., S. 18.

beiträge als eine mögliche Antwort in den Mund gelegt. Sie haben vielmehr das HIS-Studienberechtigtenpanel – einer repräsentativen Stichprobe unter Studienberechtigten – der Jahre 1999 bis 2008 als Datengrundlage herangezogen. Einer solchen Längsschnittbeobachtung kann daher eine hohe Aussagekraft attestiert werden, bezieht sie doch über einen langen Zeitraum sämtliche Faktoren ein, die eine Entscheidung für bzw. gegen ein Studium beeinflussen. Damit wird verhindert, dass sozusagen die Beitragserhebung als alleiniger Grund für die Nichtaufnahme eines Studiums herhalten muss. Stattdessen werden viele für die Entscheidung relevanten Faktoren berücksichtigt – mit dem Ergebnis, dass sich in Beiträgen erhebenden Ländern eben keine Verschlechterung des Werts der Studierneigung gegenüber beitragsfreien Ländern feststellen lässt.

Woher kommt das? Baier und Helbig sind der Ansicht, da die Beitragserhebung die monetäre Komponente der Aufnahme eines Studiums negativ beeinflusse, müsse gleichzeitig eine Neubewertung des Studiums von Seiten der Studienberechtigten stattgefunden haben, sodass die monetären Mehrkosten letztlich durch einen erwarteten höheren Nutzen des Studiums ausgeglichen wurden². Plakativ aus Sicht der Studienberechtigten formuliert: „Was nichts kostet, ist auch nichts“. Eine Operationalisierung der individuell eingeschätzten Erträge eines Studiums führt überdies zu der – aus linker Sicht noch verheerenderen – Erkenntnis, „dass es vor allem bei Nicht-Akademikerkindern zu einem Anstieg der Ertragsaussichten eines Studiums gekommen ist“³. Allerdings räumen Baier und Helbig in ihrer Schlussbemerkung ein, dass auch dieser Effekt nicht zwangsläufig allein der Beitragserhebung zugeschrieben werden kann: So könne auch die in den letzten Jahren im Zuge des Fachkräftemangels erfolgte gesellschaftliche Aufwertung eines Hochschulabschlusses bei der Neubewertung der Studiererträge eine Rolle spielen⁴.

Die Schlussfolgerungen für die künftige Debatte

Für die Hochschulpolitik bleibt festzuhalten: Die Behauptung, Studienbeiträge wirkten abschreckend, ist nicht mehr haltbar. Und das leuchtet dem Laien auch beim zweiten Nachdenken ohne wissenschaftliche Untersuchung ein: Gerade für Studienberechtigte mit einkommensschwachem Hintergrund ist die Gesamtfinanzierung des Studiums von weitaus größerer Bedeutung: Wie finanziere ich meine Studentenwohnung? Meinen Lebensunterhalt? Kann ich es mir leisten, mehrere Jahre auf ein Gehalt verzichten, wie ich es in einer Ausbildung bekäme? Gemessen an diesen Kostenfaktoren sind Studienbeiträge in ihrer bisherigen Höhe doch eher nachrangig. Anders formuliert: Wer sein Studium insgesamt finanzieren kann – sei es durch BAföG, Stipendium, Studiendarlehen, Nebenjob oder die Familie –, der schreckt auch vor maximal 500€ pro Semester nicht mehr zurück, zumal Beiträge durch Darlehensfinanzierung in der Regel quasi-nachgelagert ausgestaltet sind.

Das Ergebnis der WZB-Studie bedeutet für die kontroverse Debatte um Studienbeiträge eine Zäsur, fällt doch das zentrale Argument der Gegner damit in sich zusammen. Unerwartete Schützenhilfe leistet in dieser Frage denn auch die taz. Dessen Redakteur Christian Füller schreibt: „...das, was die beiden jungen Forscher herausgefunden haben, [ist] eine echte Bombe. Sie widerlegt beinahe alles, was in den letzten Jahren an Märchen über die Uni-Gebühr verbreitet worden ist.“⁵ Deshalb dürfen die Ergebnisse der

² Vgl. Baier/Helbig (Fn. 1), S. 19.

³ Baier/Helbig (Fn. 1), S. 22.

⁴ Baier/Helbig (Fn. 1), S. 23.

⁵ Füller, „Darf nicht sein, kann nicht sein“, in: tageszeitung vom 12.10.2011, abrufbar unter <http://www.taz.de/179789/>.

Studie aber auch nicht unverwertet in die Forschungsarchive wandern, sondern müssen das helle Licht der Öffentlichkeit erblicken. Denn die bislang von linker Seite betriebenen Todschweige- oder halbherzigen Desavouierungsbemühungen⁶ deuten an, dass die Angst vor der WZB-Studie groß sein muss.

Daneben streift die Studie aber auch einen Aspekt, der künftig noch viel stärker betont werden muss: Wir sollten uns nicht zunächst fragen, ob wir Studienbeiträge wollen oder nicht. Stattdessen lautet die Grundsatzfrage, welche Studienbedingungen und damit welche Qualität eines Studiums wir eigentlich anstreben. Die Debatte muss also vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wer aber dann für bessere Studienbedingungen – etwa in Form einer besseren Betreuung, einer besseren Studienberatung oder einer stärkeren Internationalisierung – plädiert, wird dafür auch mehr und vor allem: mehr privates Geld in die Hand nehmen müssen. Man kann im Detail sicherlich über die bestmögliche Konzeptionierung der Einbeziehung von Studenten in die Hochschulfinanzierung diskutieren. Fakt ist aber auch, dass in Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig privates Geld in die Hochschulen fließt. Angesichts der Haushaltslage von Bund und Ländern und der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse zeugt der Ruf nach allein nach immer höheren staatlichen Hochschulzuweisungen nicht gerade von visionärer Kraft. Und sollte der Staat dennoch für so etwas wie eine „demographische Rendite“ in den Bildungsetats von Bund und Ländern sorgen (sprich: der Beibehaltung der heutigen Höhe der Bildungsinvestitionen für weniger Kinder bei insgesamt sinkenden Staatseinnahmen), entspräche es dem Gedanken der Chancengerechtigkeit eher, das zusätzliche Geld am Anfang der Bildungskette – in frühkindliche Bildung und Schulen – zu investieren. Am Ende der Kette nämlich, in Studium und Ausbildung, ist der Erfolg von Bildung für den Einzelnen wie den Arbeitgeber eher absehbar und entsprechend ist auch die Bereitschaft von Betroffenen und Wirtschaft zu einer finanziellen Beteiligung größer. Daher muss die Verbesserung der Studienbedingungen mit einer Erhöhung des privaten Anteils an der Hochschulfinanzierung einhergehen.

Wichtig ist, dass wir Christdemokraten die Diskussion künftig wieder offensiver führen. Das wissenschaftliche Rüstzeug hierfür wurde uns nun geliefert.

⁶ Vgl. auch dazu den Artikel von Füller (Fn. 5).

Die Verfasste Studierendenschaft abschaffen?

von Martin Röckert

> „Ich geh doch nicht wählen.“ Ein Satz, den ich oft höre, wenn ich bei studentischen Wahlen mit den Wahlberechtigten spreche. Das derart per se ausgesprochene Misstrauen in die von ihnen nicht autorisierten Studentenvertreter schlägt sich auch in der Wahlbeteiligung nieder.

Dass es vielen meiner Mitstudenten vermutlich gar nicht bewusst ist, dass ihr Studium für sie persönlich um Einiges billiger wäre, müssten sie nicht in jedem Semester, so sie in ein weiteres immatrikuliert werden wollen, Zwangsbeiträge an ihre sogenannte „Verfasste Studierendenschaft (VS)“ abführen, muss dahingestellt sein. Denn weder kann jemand gezwungen werden, diesen Zwangsbeiträgen über die Geldanweisungshandlung hinaus Aufmerksamkeit zu schenken, noch wäre das Verweigern ihrer pünktlichen Entrichtung für den strebsamen Studenten zielführend.

Ich kann aber nicht glauben, dass es vielen meiner Mitstudenten tatsächlich egal sein soll, wofür ihre Gelder letztendlich ausgegeben werden. Wenn jeder für sich begreifen würde, dass es beim Ausgeben der von allen erhobenen Zwangsbeiträge durch die Gremien der VS eigentlich immer auch ganz konkret um s e i n Geld geht (so wie der politisch mündige Bürger irgend wann weiß, dass es immer s e i n Geld ist, das der Staat für den Bau von Schulen oder eben für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit oder auch die Pflege von Grünanlagen oder die notwendige Entlohnung von Strafrichtern ausgibt), dann wäre es nur noch ein kleiner Schritt hin zu der Erkenntnis, dass er mit seinem Wahlrecht beeinflussen kann, wie diese Mittel verwendet werden bzw. was mit s e i n e n studentischen „Steuern“ geschieht. Dann könnte er sich aus einer ganz anderen inneren Haltung heraus entscheiden für die einen oder für die anderen oder noch ganz anderen Zielstellungen. Dann also könnte er ganz bewusst teilnehmen am sogenannten Prozess der demokratischen Willensbildung an den Hochschulen, bzw. erst einmal an seiner eigenen.

Natürlich, hier gebe ich den Zweiflern Recht, darf realistischere nicht erwartet werden, dass alle Studenten diesen oben beschriebenen Bewusstwerdungsprozess bis zum Ende durchlaufen ja überhaupt in ihn einsteigen wollen und uns gar eines Tages eine hundertprozentige Wahlbeteiligung ins Haus stehen könnte.

Aber so läuft Politik im Kleinen (ist das wirklich nur Politik im K l e i n e n?) an vielen deutschen Hochschulen eben ab: Wahlen, Haushalte, Parlamentssitzungen, Abstimmungen, Debatten, Anträge... es ist alles dabei. Und es kann spannend sein, wenn man mitmacht oder auch erst einmal bloß zuschaut, und es kann sogar richtig Spaß machen.

Und es ist eigentlich eine tolle Geschichte mit dem selbst gelebten Einüben demokratischer Spielregeln, dem Erwerb und Gebrauch des politischen Handwerkszeugs von der Pieke auf ... - wenn es da nicht eine Sache gäbe, die den bürgerlich-konservativen Nachwuchspolitiker und Wähler regelmäßig ärgert: Die Politik wird an den allermeisten Hochschulen von den Grün-Linken und Links-Außen-Gruppierungen gemacht. Regelmäßig sind gerade diese Universitäten mit kleinen und großen Skandalen in den Medien, wo und wofür diese Millionen studentischer Gelder jedes Jahr ausgegeben werden. Da wird dann schon mal im Adlon der bretonische Hummer bestellt oder es werden Vergnü-

gungsreisen nach Rio finanziert. Viele dieser Skandale werden nicht öffentlich, auch weil das allermeiste Geld ohnehin irgendwo im Tagesgeschäft versickert. Wenn sie aber doch mal laut werden, erschallen sofort Rufe nach der Abschaffung dieser Strukturen und Zwangsbeiträge. Weg damit. Die Wanne ist dann jedenfalls leer, auch wenn sie mitsamt dem badenden Kind ausgeschüttet wurde.

Dies (auch das mit dem bedauernswerten Kind) wird in absehbarer Zukunft aber gar nicht passieren können, im Gegenteil: Baden-Württemberg, lange ohne VS, plant deren Einführung.

Was also kann getan werden, wenn die Strukturen einerseits nicht zu beseitigen sind, andererseits Unzufriedenheit vorherrscht mit der Arbeitsweise der politischen Konkurrenz?

Es gibt, sofern die „Lösung“ nicht in warmen Kissen und lauer Bestätigung gesucht wird, nur einen Weg: die politische Diskussion mit Andersdenkenden suchen, die Verschiedenartigkeit annehmen, den Meinungsstreit austragen, selbst Entscheidungspositionen einnehmen und so für einen verantwortungsbewussteren Umgang der VS mit den Geldern sorgen. Auch wenn es das bürgerliche Lager traditionell schwer hat an den deutschen Universitäten, so zeigen doch diverse Erfolge der Vergangenheit, dass es möglich ist, bei Abstimmungen zu gewinnen und danach die Politik an den Hochschulen zu bestimmen. Nur es ist halt mit Arbeit verbunden, auch vorher schon, und jedes Jahr neu.

Nicht das Abschaffen von unliebsamen Strukturen darf unser Ziel sein, sondern das Übernehmen! Machen wir doch das Unsere daraus!

Wir müssen die Hochschulen als Übungsfeld für die spätere, dann größere oder sogar ganz große Politik begreifen. Wo sonst gibt es Gelegenheiten, sich in regelmäßigen Debatten, Abstimmungen und Wahlkämpfen mit dem politischen Gegner zu messen. Wo sonst hat man die Möglichkeit, Sachverhalte und Anliegen öffentlich zu machen, rhetorische Fähigkeiten zu erlangen und sich in den Instrumentarien des politisch-demokratischen Alltags zu üben. Welche anderen politischen Vereinigungen bieten der alltäglichen Arbeit eine solche Arena und ein so großes, vielfältiges Arbeitsfeld? Die Junge Union? Die VS gewährt die Chance, sich schon früh ein politisches Gespür und Erfahrungen zu erarbeiten, eigene Stärken (und auch Schwächen) auszuloten, um z. B. Ganz nebenbei auch gezielt weiter daran arbeiten zu können.

Klar könnte man sagen, es geht der VS wie dem Hamster im Rad, denn es kommen immer neue Studenten, die alle schon in wenigen Jahren, und das ganz im Sinne des Erfinders, die Uni wieder verlassen. Wer bringt es da schon zu ewigem Ruhm?

Spätestens dann aber, wenn die Studenten die Uni verlassen, Arbeitsstellen antreten, Wohnsitze wählen, Familien gründen und sich um ihr Umfeld Gedanken zu machen beginnen, sind sie endlich „richtige“ Wähler, um die unter Einsatz von Millionen Euro alle möglichen demokratischen und undemokratischen Kräfte zu den Kommunal-, Landes-, Bundestags-, Europawahlen und in anderen täglichen Entscheidungsprozessen werben. Dann nehmen wir sie alle ernst. Dann sind sie mit ihren Überzeugungen uns wichtig.

Der Student auf (Studien-) Zeit von heute ist der jahrzehntelange (bis zum Ableben) Wähler von morgen!

Die politische Linke hat das schon lange begriffen.

Es ist an der Zeit, dass sich auch eine bürgerlich-konservative Politik an deutschen Hochschulen etabliert, als echte Alternative zur politischen Linken und um bürgerlich-konservative Politik bewusst erlebbar zu gestalten. Es ist an der Zeit, dass eine andere Kultur der politischen Meinungsbildung und der politischen Verantwortung Einzug hält, die bürgerlich-konservative Werte und Überzeugungen transparent macht. Dazu muss von bürgerlich-konservativer Seite eine bessere Politik angeboten werden, statt einfach die Abschaffung der VS zu fordern.

Erfolgsmodell Campusunion

von Johannes Knewitz

> Meine erste Reise zu einem Bundeskongress des RCDS war nicht nur geographisch eine von Mainz nach Berlin. Ich staunte nicht schlecht, da ich mich anmelden musste, einen Ausweis bekam mitsamt der Aufforderung, diesen offen zu tragen und dann in einen Raum kam, der wohl mehr an eine Konferenz des Verbandes konventionaler Herrenausstatter als an eine studentische Veranstaltung erinnerte. Von den Vorstandsbänken wurden Applaus und Fragen per SMS bestellt, die Rhetorik unterschied sich nicht von der pressebrünstiger Parteisprecher und in kleinen Runden beriet man sich, wie man andere sich beratende kleine Runden durch die anreizgeleitete Kollaboration dritter kleiner Runden ausbooten konnte. Mensch Maier.

Dennoch muss ich an dieser Stelle betonen, dass mein Verhältnis zum Ring Christlich Demokratischer Studenten – nicht zuletzt durch die engen Beziehungen an meiner Alma Mater in Mainz – stets ein freundschaftliches war. Zwischen all den Geschlechtsrevoluzzern, Gemüseaktivisten und der salonsozialistischen Hornbrillenavantgarde in der Hochschulpolitik kann man stets mehr als dankbar sein, Menschen zu treffen, die in dieser Welt leben. Aber mehr noch: ich habe höchsten Respekt vor dem RCDS. Der Bundesverband, seine Untergliederungen und Mitglieder bewegen sich auf dem Spielfeld der Hochschulpolitik wie Phil Taylor an der Dartscheibe: unattraktiv, aber erfolgreich. Gerade da hat in den Jahren 2009 bis 2011, in denen ich das Geschehen näher verfolgen konnte, eine rapide Entwicklung stattgefunden.

Zu Beginn war der RCDS vielleicht kein Verband von, aber zumindest mit Überzeugungen. Antibolschewistische Reflexe, letzte Rudimente konservativer Ansichten und ein gesunder Machiavellismus zum Aufstieg in der Mutterpartei verliehen dem Verband ein charakteristisches Gesicht. Übrig geblieben zu sein scheint vor allem der Machiavellismus, erfreulicherweise erweitert auf das eigentliche Subjekt, die Hochschulen. Das zeigt sich auf Bundes-, aber auch auf Gruppenebene.

Zur Ersteren. Die Selbstwahrnehmung des RCDS ist eine sehr andere als die der meisten politischen Studentenverbände. Man begreift sich, so ist es mein Eindruck, als politische Vorfeldorganisation mit der Zielsetzung innerparteilicher Einflussnahme. Aus den Antragsbüchern des RCDS schreit einem förmlich die Unlust zur Beschäftigung mit Themen der Studentenschaften entgegen. Statt Kapazitätenverordnung, Lehrerbildung und BAföG-Ämtern werden lieber Finanzen, Sozialstaat oder das Wahlrecht behandelt. Man dreht gerne – wie kräftig mag ich nicht beurteilen – am ganz großen Rad, statt an den vielen kleinen. Proporzgeklügel durch die Landesverbände ist entscheidender als hochschulpolitische Kompetenz und Erfahrung, wenn es um die Besetzung von Vorstandsposten geht. Auch in den Runden studentischer Interessenvertreter bei Hochschulrektorenkonferenz oder Bundesbildungsministerium standen beim RCDS

oftmals funktionale Aspekte im Vordergrund. Man war beispielsweise bereit, einiges von fzs und gar SDS mitzutragen, bekäme man nur eine gewisse Internetplattform zugesichert, die sich in Rechenschaftsberichten und Pressemitteilungen verwerten ließe. Mag man sich nun ob des überspitzten Duktus empören, so ist all dies nicht mit schlechter Absicht geschrieben, denn wie gesagt – für diesen funktionalen und funktionierenden Ansatz ist der RCDS zu bewundern. Die Zahlen sprechen für ihn, die gerade aufschäumende Konkurrenz im eigenen Lager erst recht.

Ähnlich auf Gruppenebene. Was ich aus Mainz weiß, wird mir ähnlich von vielen anderen Standorten berichtet. Focht man noch vor wenigen Jahren auf verlorenem Posten im Wahlkampf gegen fzs, allgemeinpoltisches Mandat und aufgeblasene Sozialhaushalte in den Verfassten Studentenschaften, widmet man sich nun lieber den greifbaren Themen: MTV Campus Invasion und GEZ etwa, oder sogar der Ausbau der autonomen Referate sind stimmträchtigere Themen. Der Erfolg gibt Recht. Er stellte sich ein, ein christdemokratischer Student wurde AStA-Vorsitzender und mit ihm die ganze Mannschaft zum Anhänger geschlechtergerechter Sprache. Auch die Feststellung im Koalitionsvertrag, dass Freiheit ohne Gleichheit nicht möglich sei, unterschrieb man gerne. Macht gewinnen, Macht erhalten. Wer dem Übles unterstellte, wäre naiv.

Nun bleibt noch eine Parallele zu erwähnen, wenngleich sie naheliegend ist. Auch die CDU hat mit ihren Leipziger Beschlüssen zum letzten Mal versucht, mit Überzeugungen zu überzeugen. Das ging mächtig in die Hose. Funktionale Politik sichert die Macht, für Angela Merkel in Partei und Bund, für den RCDS in Verband und Hochschule. Und auch, wenn mich der Don Carlos an sich einst gelehrt hat, dass Prinzipien nicht verraten werden dürfen, muss ich zugeben, dass weder der AStA der Uni Mainz, noch die Bundesregierung damit schlechter fährt als mit den Wolkenkuckucksheimbewohnern in diversen Rot- und Grüntönen.

Dennoch kann ich zum Ende nicht darauf verzichten, doch ein wenig Kritik zu üben. Schleichend und ohne großen Wirbel kann man beobachten, wohin dieser funktionale Ansatz führen kann. Prinzipien weichen der Beliebigkeit, Orientierungslosigkeit und Politikverdrossenheit kommen auf; moderieren und managen, statt zu gestalten überlässt dem vordemokratischen Raum die moralische Überlegenheit und langsam gerät diese zur Legitimität politischer Gestaltung. Vielleicht ist es an der Zeit, sich den veränderten Funktionen von Politik zu beugen; vielleicht ist nach dem Ende der Zeit der großen Ideen nun auch das Ende der Zeit der kleinen Ideen, das Ende der Überzeugungen, ein funktionaler Nihilismus gekommen; und vielleicht ist das ja gar nicht schlecht. Aber es entspricht mir nicht und ich bin froh, dies auch noch für die Liberalen Hochschulgruppen in Deutschland feststellen zu können. Daher rufe ich Euch noch einmal zu, wofür ich bei der anfangs erwähnten Reise nach Berlin im Februar 2009 von Euch noch einen kräftigen Zwischenapplaus bekommen habe: „Bleibt konservativ, ohne restaurativ zu werden!“ Das ist Eure Aufgabe.

Johannes Knewitz leitete von 2009 bis 2011 den Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG).

Freiheit und Gleichheit nur durch das Internet?

Kritische Anmerkungen zur
aktuellen Debatte um das Internet

von Wolfram Ender

➤ Diese These kann man einem fast hymnischen FAZ-Beitrag entnehmen, den der durch sein Damaskus-Erlebnis, nämlich den Wahlerfolg der Piraten in Berlin von 8,9 Prozent, zum begeisterten Internetanhänger bekehrte parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Altmaier geschrieben hat („Noch mehr Demokratie wagen“, FAZ 15.10.2011). Allerdings hat sich Altmaier durch einen Abgeordneten der Berliner Piratenpartei postwendend eine herablassend-ironische Abfuhr eingehandelt (Pavel Mayer „Die Antwort der Piraten“, FAZ 17.10.2011). Und auch der renommierte FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher zeigt sich trotz leiser Vorbehalte eher fasziniert von den neuen Möglichkeiten des Internet („Wir brauchen eine europäische Suchmaschine“, 19.07.2011).

Während einer der Väter des Internet, David Gelernter, sich eher zurückhaltend äußert und davor warnt, schon Kinder in frühen Jahren in das Internet einzuführen, ist eine fast euphorisch-unkritische Internetbegeisterung inzwischen in den etablierten Parteien und Medien angekommen. Es lohnt also, sich mit den Argumenten der Verteidiger einer grenzenlosen (demokratischen?) Freiheit des Internet kritisch zu befassen.

I.

Fraglos bietet das Internet neue faszinierende Möglichkeiten eines weltweiten Wissens- und Informationsaustausches in Echtzeit. Doch kann dies ein Grund sein, vor den „Kollateralschäden“, zu denen auch die Internetsucht vor allem junger Menschen zählt (nach einer von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie der Universitäten Lübeck und Greifswald gelten rund eine halbe Million Deutsche als internetabhängig), und den Konsequenzen dieser rasanten Entwicklung für die Freiheit des Individuums die Augen zu verschließen? Und, zweitens, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob alles, was informationstechnologisch machbar ist, aus menschlich-moralisch-politischer Sicht auch erstrebenswert ist?

Welche Gefahren drohen dem freien Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft durch den totalen Wissensanspruch und -besitz von Internetsuchmaschinen wie Google?

Eine schleichende Wissensentmündigung der Menschen durch das privatwirtschaftliche Netzwerk Google, das eine weltweite Monopolisierung menschlichen Wissens und Gedächtnisses anstrebt und dabei keiner politischen und ökonomischen Kontrolle unterliegt, liegt auf der Hand. Aber muss man diesen Prozess fatalistisch hinnehmen, anstatt sich dagegen zu wehren, indem man Google boykottiert? Muss man die totale Abhängigkeit

des menschlichen Wissens und Gedächtnisses von Internetsuchmaschinen als „Fortschritt“ feiern?

Und welcher Beitrag für ein zukünftiges menschenwürdiges Zusammenleben wird geleistet, „wenn man für 100 Dollar sechshundert Jahre Echtzeit speichern kann“? (Frank Schirrmacher). Wozu das Ganze? Ist es etwas anderes als eine gänzliche Banalisierung und Relativierung menschlichen Wissens und Gedächtnisses, die Wissens- und Erinnerungswertes nicht mehr von Unwichtigem unterscheiden kann?

Wenn Google sich unkontrolliert weiter entwickelt, könnte das Ende der Freiheit des Menschen, wie sie bisher verstanden wurde, und seine völlige Entmündigung durch eine kommerzielle totalitäre Wissens- und Technikdiktatur à la Ray Kurzweil, der von einer Verschmelzung von Mensch und Maschine und der Unsterblichkeit des Menschen (in Maschinenform) träumt, eingeläutet werden. Was drückt diesen (selbstgewollten?) Freiheitsverlust deutlicher aus als der Satz des früheren Google-Geschäftsführers Eric Schmidt: „Ich denke, die meisten Menschen möchten, dass Google ihnen sagt, was sie als nächstes machen sollten“? (Thomas Thiel: „Sie wissen einfach, was das Beste für uns Internetnutzer ist“, FAZ 31.08.2011). Mit der demokratischen Vorstellung des mündigen Bürgers und der Freiheit des Individuums hat dies nichts zu tun.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Bedrohung menschlicher Freiheit durch das Internet ist die diesem innewohnende Tendenz zur Aufhebung der Privatsphäre des Individuums, wie man sie bei Facebook beobachten kann, das auch die privatesten Mitteilungen seiner Nutzer speichert und der Internetöffentlichkeit zugänglich macht. Egal ob sich jemand diesem Drang zur Zuschaustellung seiner Intimsphäre freiwillig anschließt oder ungewollt manipuliert wird, seine Person gerät in den Focus kaum überschaubarer Kontrollmöglichkeiten sowohl durch private wie durch staatliche Stellen, die seine privaten Daten speichern und auswerten können. Dazu ist zu sagen: Der Schutz demokratisch-bürgerlicher Freiheiten, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, ist ohne Schutz der Privatsphäre nicht möglich. Totale Öffentlichkeit bedeutet Zerstörung der Freiheit.

II.

Den Höhepunkt einer wissenschaftlichen Internetgläubigkeit stellt sicher der amerikanische Forscher Ray Kurzweil dar, der schon mit 17 Jahren einen Computer gebaut hat – welche Begabung ihn nicht davor bewahrt hat, sich zu einem Phantasten zu entwickeln (Jordan Meijas: „Unsterblichkeit für alle“, FAZ 06.08.20011). Bei keinem Forscher stellt sich dringender die Frage wie bei Kurzweil und seinem Anhang, ob alles, was der Wissenschaft technisch möglich ist zu machen, auch aus politischer und moralischer Sicht gemacht werden soll oder darf.

Abgesehen davon, ob Kurzweils phantastisches, letztendlich unmenschliches Ziel, „die Fusion des menschlichen und technischen Gehirns“ zu bewerkstelligen, überhaupt erreichbar ist, stellt sich die wichtigere Frage, ob dieses Ziel im Interesse der Menschheit überhaupt angestrebt werden soll. Kann man Kurzweil ohne Bedenken als „furchtlosen Welt- und Menschenverbesserer“ bezeichnen, wenn seine Bestrebungen nach einer Verschmelzung von Mensch und Maschine das Ende des heutigen Menschen zur Folge haben werden, seine „Verinnerlichung“ oder besser: Versklavung durch die Maschine? Kann man sich eine größere Hybris vorstellen, als dass Wissenschaftler die Vergöttlichung von Maschinen anstreben? Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass menschliches Streben nach Unsterblichkeit und Gottgleichheit in einer Katastrophe endete.

Und soll die künftige Unsterblichkeit tatsächlich für jeden Menschen gelten – oder wird nicht eine Auswahl (wer wird nach welchen Kriterien

die Auswahl vornehmen?) getroffen werden müssen? Wie stellt sich Kurzweil die Fortpflanzung einer unsterblichen Menschheit vor? Wenn sie nicht abgeschafft oder eingeschränkt würde, drohte der Erde alsbald eine Überbevölkerung.

Natürlich darf bei diesen fanatisch-fortschrittsgläubigen Wissenschaftlern die interessegeleitete Behauptung, die Kritiker außer Gefecht setzen soll, nicht fehlen, dieser Prozess sei „unstoppable“. (Man fühlt sich unwillkürlich an Kanzlerin Merkels „alternativlose Politik“ erinnert.) In der Tat, nur ein politischer oder moralischer Aufstand könnte die Menschheit vor einer Realisierung dieser inhumanen Zukunftsvisionen bewahren.

Ray Kurzweil, heute 63 Jahre alt, wird wie jeder Sterbliche den Weg aller Sterblichen gehen – trotz (oder gerade wegen?) seiner 150 Pillen, die er täglich einnimmt. Gespannt darf man allerdings darauf sein, ob Kurzweil vorher noch seine von ihm ungeduldig für das Jahr 2029 erwartete „Verwandlung in die Menschmaschine“ erleben darf. Wäre es nicht besser, die enormen finanziellen Mittel, welche Kurzweils Projekt verschlingt, für sinnvollere, erstrebenswertere Forschungsziele auszugeben?

Die politisch-ideologischen totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts scheinen in ihrer entmündigenden und freiheitsraubenden Kraft Waisenkneben gegenüber dem gewesen zu sein, was durch private Internetmächte wie Google auf uns zuzukommen droht. Im 20. Jahrhundert waren es diese gescheiterten totalitären politischen Parteidiktaturen mit ihrem absolut gesetzten ideologischen Alleinvertretungs- und Wahrheitsanspruch, die in ihrem Scheitern Millionen Menschenopfer forderten (Eric Voegelin sprach schon 1938 von Bolschewismus und Nationalsozialismus als „politischen Religionen“). Es bleibt zu hoffen, dass im 21. Jahrhundert „privatwirtschaftliche Suchmaschinen“ mit einem ähnlichen Monopolanspruch auf Wissen, Wahrheit und Gedächtnis bei ihrem vorhersehbaren Scheitern nicht ähnliche Opfer kosten werden.

Bekannt ist, dass auch die totalitären Diktaturen des Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht nur auf Terror beruhten, sondern sich auch auf propagandistisch manipulierte und nicht manipulierte Zustimmung der Massen stützen konnten. Die innere Verwandtschaft des politischen mit dem Technik- und Wissenstotalitarismus zeigt sich in dem Bündnis, das Google mit der chinesischen Diktatur zur Unterdrückung und Zensur von Meinungs- und Wissensfreiheit im Internet eingegangen ist.

III.

In der Politik angekommen ist die Internetbegeisterung inzwischen infolge des Wahlerfolges der neuen Piratenpartei in Berlin (8,9 Prozent). Die Interessen der Internetgemeinde vertreten die genannte Partei sowie der Chaos Computer Club, aber auch von dem Wahlerfolg der Piraten beeindruckte Vertreter der etablierten Parteien wie Peter Altmaier in der CDU und Volker Beck von den Grünen („Netzanschluss ist Menschenrecht“, FAZ 31. 10. 2011).

Die Piraten machen den Eindruck einer anarchistischen Protestpartei, die Freiheit mit Ordnungs- und Gesetzlosigkeit im Internet zu verwechseln scheint. Wie soll eine solche Partei für „Durchschaubarkeit in der Politik“ sorgen, die sie ja lobenswerterweise anstrebt?

Die Internetgemeinde wünscht sich eine totale Freiheit im Netz, die von den geltenden Regeln und Gesetzen der realen Welt befreit ist. Doch was für alle Lebensbereiche gilt, muss auch im Netz gelten: In einem demokratischen Rechtsstaat können nur allgemeinverbindliche Regeln die Freiheit jedes einzelnen Bürgers garantieren. Anarchie ist der Tod der Freiheit, der Rechtsstaat ist unteilbar.

Die Befindlichkeit der jungen Piraten tritt sehr anschaulich in dem Aufsatz von Julia Schramm („Wie ich Piratin wurde“, FAZ 24. 09. 20011) zutage. Man könnte den Weg der intelligenten jungen Frau als eine Flucht aus der sie abstoßenden realen (politischen) Welt in die virtuelle Welt des Internet sehen. Sie ist gegen alles, fühlt sich angeödet von der (in der Tat oft kritikwürdigen) politischen Realität, aber anstatt sich dieser unbequemen Realität zu stellen, den anstrengenden Versuch zu wagen, sie zu verändern, sieht sie die „Lösung“ darin, dieser Realität in eine von ihr idealisierte politikferne Scheinwelt der angeblich absoluten Freiheit des Internet auszuweichen. Realitätsverweigerung durch Flucht ins Internet als politisches Zukunftsmodell? Realitätsverweigerung als „Revolution“?

Julia Schramm begibt sich aus der von ihr als Sklaverei empfundenen Wirklichkeit in die andere Sklaverei und Abhängigkeit vom Internet, das keine Privatheit und also keine persönliche Unabhängigkeit mehr kennt, und gibt diese Scheinwelt auch noch schwärmerisch als „lebenswerten Raum“ aus .

Die demokratischen Parteien wären gut beraten, über eine Strategie nachzudenken, die verhindern könnte, dass die Mehrheit der jungen Menschen diesen neuen Weg in die Politikverweigerung wählt, der nicht geeignet ist, eine „neue Epoche“ einzuleiten, sondern der die Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates in Frage stellt zugunsten einer schrankenlosen Freiheit im Netz. Eine Strategie, die sich in einem bloßen Anbieten an die Piraten erschöpfte, ist dazu ungeeignet, wie die Reaktion Pavel Mayers auf Peter Altmaier erkennen lässt. Und ebenso wenig kann die Lösung darin liegen, dass sich die demokratischen Parteien von den arrogant-technikgläubigen Piraten vor sich her treiben lassen.

Bei Pavel Mayer, dem Abgeordneten der Berliner Piraten, werden exemplarisch zwei für die Piraten typische Widersprüche deutlich. Erstens, Mayers vorsorgliches Argument, dass ein eventuelles Scheitern der von ihm angestrebten schönen neuen Internetwelt nicht auf immanente Mängel dieser Utopie, sondern selbstverständlich auf die Obstruktion „konservativer“ „Kartelle der Angst“ zurückzuführen wäre, beweist, dass er ideologisch denkt: Ideologie verstanden als politische Lehre mit absolutem Wahrheitsanspruch und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und der Gewissheit, die Geschichte auf seiner Seite zu haben. Diese Argumentationsfigur ist bekannt von Marxisten und Kommunisten jeglicher Couleur, welche für die Nochnichtverwirklichung ihrer Utopie immer nur die Widerstände des noch existierenden kapitalistischen Bürgertums verantwortlich machten. Wie verträgt sich eine solche ideologische Intoleranz mit der Verteidigung der Freiheits- und Bürgerrechte des Grundgesetzes, die Mayer sicher ehrlich vornimmt? (Nebenbei bemerkt: ironischerweise rechnet Mayer Peter Altmaier zu den von ihm abgelehnten „Konservativen“, worüber Altmaier gewiss nicht glücklich sein dürfte...)

Zweitens, Mayer kritisiert vehement zu Recht rechtsstaats- und datenschutzwidrige Kontrollpraktiken des Internet durch staatliche Behörden („Trojaner“), die sich gegen die Freiheit des Internet richten, lehnt aber gleichzeitig jegliche Bindung des Internet selbst an rechtsstaatliche Regeln (z. B. Sperrung oder Löschung pornographischer Seiten) ab, d.h. er wendet sich gegen die Ahndung und Kontrolle rechtsstaatlicher Verstöße im Internet, verliert jedenfalls kein Wort darüber. Wobei die Überlegung bei ihm keine Rolle spielt, dass Verstöße staatlicher Behörden, die einer demokratisch-rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen, leichter aufzudecken sind als die Straftaten anonymer Internetmächte, die keiner Kontrolle unterliegen.

Dazu ist nur zu wiederholen: Der Rechtsstaat ist unteilbar. Dieselben Regeln müssen in der realen wie in der virtuellen Welt gelten und durch-

gesetzt werden. Das zu negieren, gefährdet den Rechtsstaat, indem dieser ähnlich wie in kommunistischen und faschistischen Diktaturen einer Ideologie untergeordnet wird. Wer auch im 21. Jahrhundert Gefährdungen der Freiheits- und Bürgerrechte sich immer nur von staatlicher Seite vorstellen kann, frönt einem „Steinzeitliberalismus“ des 19. Jahrhunderts, als in der Tat im demokratischen Prozess diese bürgerlichen Rechte den absolutistischen europäischen Monarchien abgerungen werden mussten zu einer Zeit, als eine ähnliche Bedrohung der Freiheit des Individuums durch anonyme gesellschaftlich-wirtschaftliche Mächte wie im 21. Jahrhundert noch nicht vorstellbar waren.

Peter Altmaier glaubt mit dem Internet (in Anlehnung an eine Formulierung Willy Brandts) „mehr Demokratie wagen“ zu können. Er sollte aber bedenken, dass zur Demokratie nicht nur Quantität, sondern auch Qualität gehört. Vor allem aber Rechtsstaatlichkeit. Diese einzuschränken zugunsten einer angeblich nur im Netz zu verwirklichenden „Freiheit und Gleichheit“, scheint Altmaier bereit. Besser wäre es allerdings, Rechtsstaatlichkeit auch im Netz durchzusetzen. Problematisch ist auch, von „Freiheit“ im Internet zu sprechen, wenn dieses dazu tendiert, die Privatsphäre des Individuums abzuschaffen und damit neue Abhängigkeiten zu erzeugen. Vor allem aber gehört zu Demokratie Transparenz und die Bereitschaft zu individueller Verantwortungsübernahme. Die Anonymität des Netzes ist damit nicht zu vereinbaren.

Nichts ist dagegen einzuwenden, dass Altmaier, der seit neuestem wohl mehr in der virtuellen als in der realen Welt lebt, sich um eine „Annäherung“ der Parallelwelten bemüht. Aber diese darf nicht, anders als Altmaier es nahe legt, zu Lasten des Rechtsrahmens der realen Welt, die sich den neuen Regeln der virtuellen Welt zu unterwerfen hätte, vollzogen werden.

Skepsis ist auch angebracht, wenn Altmaier prophezeit, „irgendwann, ob heute oder in fünf Jahren wird ein führender Politiker mit dem Internet erstmals Weltpolitik gestalten.“ Ob dieser Politiker wohl Peter Altmaier heißen wird? Fraglich ist auch, angesichts der Reaktion von Pavel Mayer, ob Altmaiers Versuch, in das Wählerpotential der Piraten vorzustoßen, erfolgreich sein kann.

Altmaier scheint das Verhältnis von realer und virtueller Welt eher mit einem „Entweder – oder“ als mit einem „Sowohl als auch“ zu betrachten und gibt im Zweifel der virtuellen Welt den Vortritt. Doch wenn das Internet der Menschheit den größtmöglichen Nutzen bringen soll, wird dies nur gelingen, wenn das Internet in die reale Welt integriert wird – und nicht umgekehrt.

Nun noch zu einigen konkreten Punkten, die Altmaier anspricht.

- Die „enorme Beschleunigung“ durch das Netz sieht Altmaier unkritisch: „Reaktionszeiten für die Politik werden immer kürzer“. Ist dies nur ein Grund zur Freude? Sollte man dem nicht auch entgegenwirken, weil dies die fundierte Vorbereitung politischer Entscheidungen erschwert und eine atemlose ad-hoc-Politik bewirkt?
- Ist das „Überschwappen des Virtuellen in die Realität“ zu begrüßen, wie Altmaier anzudeuten scheint, oder sollte es nicht eher in geordnete Bahnen gelenkt werden?
- Die Frage „vernetzt oder nicht?“ ist für Altmaier wichtiger als „arm oder reich?“ Die Vernetzung allein wird allerdings eine Sozialpolitik nicht überflüssig machen, die sich um soziale Gerechtigkeit bemüht.
- Skurril wirkt Altmaiers Argument, eine „Waschmaschine“ sei weniger wichtig als der „Anschluss ans Internet“. Schön und gut, auch hier

geht es nicht um „entweder – oder“, sondern „sowohl als auch“. Mit dem Internet kann ich meine Wäsche nicht waschen.

- Altmaier erzählt (voller Stolz auf das positive Echo bei Twitter), dass er Urheberrechtsverletzern im Internet nicht „die Lesebrille“ wegnehmen will. Was er ihnen wegnehmen will als Sanktion für ihren Rechtsbruch, teilt er nicht mit.
- Altmaier lobt das „Tweeten“. Aber ist dieser überstürzte Kurznachrichtendienst geeignet, ein fundiert-sachliches Argumentieren in der Politik zu ersetzen?

IV.

Zweifellos müssen sich die demokratischen Parteien fragen, welche Ursachen die Abwanderung vieler junger Menschen in die Politikverdrossenheit bzw. -abstinenz oder zu den politikfernen Piraten hat, politikfern, wenn man unter Politik Arbeiten für das Allgemeinwohl und nicht nur für eine bestimmte Klientel, in diesem Fall eine Internetklientel, versteht.

Es dient nicht dem Ansehen der Demokratie, wenn demokratische Politiker demokratisch-rechtsstaatliche Spielregeln nicht einhalten, wenn eine Regierung die Volksvertreter nicht ausreichend informiert und den Eindruck erweckt, am Parlament vorbei zu regieren (wie es von Bundespräsident Christian Wulff und Bundestagspräsident Norbert Lammert moniert wurde). Wenn eine Regierung, um Kritiker von vorneherein zu diskreditieren, ihre Politik als „alternativlos“ ausgibt – und damit das Wesen der Demokratie in Frage stellt, das in einem freien pluralistischen Wettstreit verschiedener demokratischer Parteien mit unterschiedlichen Vorschlägen zur Lösung politischer Probleme um die Zustimmung der Wähler besteht. Letztlich geht es um die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik, wenn Parteiführungen handstreichartig die traditionellen politischen Ziele ihrer Parteien aus populistischen Gründen, vermeintlich aktuellen Stimmungstrends folgend, zur Makulatur erklären – anstatt mit Überzeugung für ihre Ziele einzutreten und bei den Wählern dafür zu werben.

Nicht zu vergessen das Desinteresse und die mangelnde Förderung, die der demokratische Staat einer allgemeinen demokratischen politischen Bildung in Schule und Öffentlichkeit, die nicht nur auf wertfreie Kompetenzvermittlung, sondern auf Wertevermittlung, auf Anleitung zu demokratischem Denken und Handeln abzielt, zukommen lässt.

Nur eine Politik, die sich energisch um realistische Lösungen für alle aktuellen Probleme auf dem Gebiet der Innen- wie der Außenpolitik bemüht und die selbstbewusst und überzeugend für die Unteilbarkeit des Rechtsstaats als Voraussetzung der Freiheit des Individuums wirbt, wird auf Dauer junge Menschen von der Notwendigkeit des demokratischen Rechtsstaats überzeugen.

Um auf das Internet zurückzukommen: Dieses wird seine bewundernswerten Möglichkeiten zum größtmöglichen Nutzen der Menschheit nur entfalten, wenn es der Diener des Menschen bleibt und sich nicht zu dessen Beherrscher aufschwingen kann. Die virtuelle Welt muss in die reale integriert werden, nicht umgekehrt.

Andernfalls könnte es der Menschheit ergehen wie Goethes „Zauberlehrling“: „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.“

Das Internet ist unser Buchdruck

von Claus Junghanns

> Die Versuchung ist für mich groß, direkt in eine Ode zu verfallen. Doch ich möchte eigentlich nur erzählen, was das Internet für mich bedeutet, wie es mich und meine Welt verändert hat und auf was ich mich noch alles freue. Denn das ist Einiges.

Erzählen war gestern – Teilen ist heute

Ich kommuniziere über das Internet. Tausche Bilder, schicke Nachrichten und schaue zu, was meine Freunde und Verwandten machen. Einige Leute machen das wie ich ständig. Sie nutzen ein ziemlich intelligentes Mobiltelefon, haben dafür eine kostengünstige Daten-Flatrate und sind nicht nur ständig erreichbar sondern auch rund um die Uhr aktiv. Facebook und Twitter sind nur zwei Plattformen, die es ermöglichen mit Freunden und Bekannten in der ganzen Welt im Kontakt zu bleiben. Ich weiß, was meine Unifreundin in Boston erlebt und lese, dass mein Cousin in Süddeutschland gerade wieder im Stau steht.

Meine Kommunikation funktioniert nicht mehr wie vor 10 Jahren. Ich muss nicht den Telefonhörer in die Hand nehmen, um zu erfahren, dass ein Schulfreund im Urlaub ist und ein anderer sich seinen Traum vom Eigenheim erfüllt hat. Ich brauch auch keine Briefe schreiben oder tage-lang durchs Land fahren. Alles was ich machen muss, ist meinen PC anschalten und auf meine Pinnwand gucken. Dort sehe ich, was mich interessieren könnte. Denn jeder der will, kann ins Netz stellen, was er von sich preisgeben möchte. Sei es das leckere Essen in der Mittagspause, ein spannender Zeitungsartikel oder das Hochzeitsfoto vom Wochenende.

Wenn ich aber etwas genauer wissen und zum Beispiel die Stimme meines Cousins hören will, nehme ich trotzdem immer noch den Telefonhörer in die Hand. Aus dem Urlaub schreibe ich meiner Großmutter natürlich eine Postkarte und wenn ich meinen Schulfreund mal wieder treffen will, dann steige ich in den Zug und fahre zu ihm hin. Das Internet hat mir diese Kommunikationsformen nicht abgenommen, es hat mir viele neue Möglichkeiten hinzu gegeben.

Meine Kreise werden immer größer. Ich sehe heute in meinem Alltag was meine Freunde am anderen Ende der Welt machen. Das Leben von Politikern wird für mich verständlicher, weil ich ihnen bei Facebook durch ihren Tag folgen kann. Auf Twitter sehe ich Fussball durch die Augen von Boris Becker, weil er das Bayern-Spiel genauso begeistert verfolgt, wie viele andere Menschen auch. Und mein Lieblingstheater erinnert mich per Email daran, dass bei der heutigen Premiere noch Restkarten zu haben sind. All das kannte ich vor 10 Jahren nicht, heute möchte ich es nicht mehr missen.

Es ist ein Mitmachnetz

Im Internet kann ich mich beteiligen. Meine Meinung ist hier so frei, wie es in unserem Grundgesetz steht. Ich brauche keine Zeitung und keinen Verlag. Ich muss auch nicht den Chefredakteur von CIVIS mit SONDE kennen oder Zugang zu einem Fernsehjournalisten haben, um meine Sicht der Dinge der Öffentlichkeit anzuvertrauen. Alles was ich brauche, ist eine leere Seite im Netz. Eine Seite, die nur ich beschreibe und die dann jeder lesen kann – wenn er es will. Und wenn es keiner lesen will, dann ist das halt so. Wenn ich mich auf den Berliner Alexanderplatz stelle und anfangen zu erzählen, hört mir ja auch nicht automatisch jeder zu.

Doch im Netz kann ich mich mit anderen zusammenschließen, die ähnliche Gedanken haben wie ich. Wir lesen und kritisieren gegenseitig unsere Texte, diskutieren tagesaktuell die Nachrichten, eine Bundestagsdebatte oder den neusten Kinofilm. Und es ist egal, von wo sich der Einzelne beteiligt. Oft weiß ich es nicht mal. Sitzt mein Diskussionspartner im Büro, wartet er auf den Zug, ist er in Berlin oder starrt er an der Nordsee in die Ferne? Ich weiß es nicht. Und es ist mir auch egal. Wichtig ist mir, dass er mit mir kommuniziert, sich mit mir unterhält und auch mit mir streitet.

Viele der Menschen, mit denen ich täglich in Kontakt stehe, habe ich persönlich noch nie kennengelernt. Einige kenne ich nur unter ihrem Pseudonym, andere geben mir sogar ihre private Adresse preis. Jeder wie er will. Der Begriff für diese Form des Mitmachens ist „Partizipation“. Ich kann mich also einbringen. Ich kann kritisch an Diskussionen teilnehmen. Und wenn ich Peter Altmaier oder Volker Beck – beide sind parlamentarische Geschäftsführer ihrer Fraktionen im Bundestag – über Twitter eine Frage stelle, dann antworten beide sehr wahrscheinlich. Das ging bis vor kurzem nicht.

Per Live-Übertragung kann heute ich im Internet Zeitgeschehen mit verfolgen, was für unsere TV-Sender wahrscheinlich vergeudete Sendezeit wäre. Wann ich will, kann ich mich auf www.bundestag.de durch die Debatten aus dem Reichstag klicken oder die aktuellen Sitzungen in Echtzeit verfolgen. Bei arabischen Fernsehsendern konnte ich im Frühjahr über das Internet live auf den Tahrir Platz in Kairo schauen und die arabische Revolution verfolgen. Und parallel lese ich bei Twitter und in kleinen Blogs, was die Menschen gerade fühlen, die dort vor Ort sind.

Auch für die politische Arbeit lässt sich das Internet sinnvoll nutzen. Die direkte Kommunikation mit aktiven Politikern habe ich oben schon angesprochen. Doch auch im Kleinen bietet das Netz neue Möglichkeiten. Wir können mit einander diskutieren oder streiten, aber auch an Lösungen arbeiten und müssen uns dazu nicht unbedingt treffen. Vieles geht online. Es gibt Diskussionsforen, offene Textdokumente und Chats, in denen man sich entweder in Echtzeit oder wann man will intensiv austauschen kann. Ich muss mir nicht einen Abend in der Woche freihalten, um mich politisch zu engagieren. Mein Engagement mache ich dann, wenn ich es will. Sei es am morgen beim Frühstück, abends wenn die Kinder im Bett sind oder am Sonntag, während der Rest der Familie Mittagsruhe hält.

Das Netz hat viele Kritiker

Dass nicht jeder meine Begeisterung teilt, kann ich nachvollziehen. Ich möchte auch niemanden dazu zwingen, sich so im Internet zu bewegen, wie ich es tue. Aber ich warne davor, das Netz zu dämonisieren und diejenigen, die sich aktiv damit und darin engagieren als realitätsferne Gesellen abzutun. Genauso sind die plakativsten Aussagen nicht zwangsweise die richtigsten. Immer wieder steht zum Beispiel der Vorwurf im Raum,

das Internet sei ein rechtsfreier Raum, weil bestehende Gesetze nicht mehr angewandt werden können. Doch das ist ein Fehler.

Im Netz gelten die gleichen Gesetze wie im Nachbardorf. Diebstahl ist Diebstahl und Betrug ist Betrug. Aber im Netz gibt es natürlich neue Formen von Kriminalität. Diese gilt es zu bekämpfen, und wir sind gezwungen, bestehende Gesetze immer wieder an die neuen Herausforderungen anzupassen. Dieser Prozess wird niemals abgeschlossen sein. Doch das ist nicht neu. Auch die Einführung des Rundfunks, des Fernsehens und die Erfindung von Musikkassetten hat das Medienrecht in den vergangenen einhundert Jahren immer wieder vor Herausforderungen gestellt.

Auch der Datenschutz steht immer wieder neu auf dem Prüfstand. Facebook, Twitter und Co machen uns immer wieder bewusst, dass Privatsphäre 2001 etwas anderes ist als 2011. Wenn ich Bilder von mir ins Internet stelle, sollte ich begriffen haben, wer diese sehen kann. Dafür sind wir selbst verantwortlich. So wie wir abends die Gardinen schließen, bevor wir unseren Schlafanzug anziehen, müssen wir auch im Internet mindestens einmal nachdenken, bevor wir etwas hochladen. Denn Privatsphäre muss man immer noch selber machen.

Am Ende ist es ein Medium

Das Netz ist kein Wert an sich. Bei allem Für und Wider ist es im Grunde ein Medium wie viele andere auch. Doch anders als bei Zeitungen, dem Radio und dem Fernsehen kommt es hier darauf an, was wir daraus machen. Wenn wir uns nicht beteiligen, bleibt das Netz ein virtueller Konsumtempel. Wir können dann natürlich entscheiden, welche Webseite wir toll finden, wo wir unsere Musik kaufen und wann wir unsere Lieblingsfilme anschauen. Doch das ist strukturell kaum anders als vor 20 Jahren. Wenn sich aber viele Menschen im Netz beteiligen und engagieren, haben wir heute die Chance, unser Medienverständnis komplett zu verändern.

Informationen können sich breiter verteilen, Wissen kann durch die sogenannte „Schwarmintelligenz“ auf breitere Schultern verteilt werden und jeder hat die Möglichkeit, seine Gedanken zu teilen. Es gibt Webseiten und Blogs über Kochrezepte, Briefmarken und viele andere Dinge. Vereine von Liebhabern historischer Feuerwehrtechnik organisieren sich über Facebook-Gruppen, zerstreute Familien chatten mit Skype rund um den Erdball und manche Enthusiasten wie ich glauben, dass im Netz gelernte Kommunikationsformen das Überleben des Parteiensystems sichern können.

Das Internet wird natürlich nicht zu Grunde gehen, wenn sich 80 Millionen Deutsche nicht dran beteiligen. Aber es könnte so viel interessanter sein, wenn sie es täten...

Weitere Beiträge von Claus Junghanns sind auf seinem Blog unter www.kritikkultur.de zu finden

Si tacuisses!

Wie Karl-Theodor zu Guttenberg seinen Fall und unsere Zukunft sieht.

von Benedikt Brunner

Buchbesprechung: Karl-Theodor zu Guttenberg im Gespräch mit Giovanni di Lorenzo: Vorerst gescheitert

> Zwar muss ein gutes Buch nicht nur Antworten liefern, sondern kann auch Fragen aufwerfen, doch ist umgekehrt ein Buch, das Fragen aufwirft, nicht bloß deshalb schon gut. Das Interviewbuch Karl-Theodor zu Guttenbergs ist ein solcher Fall. Es wirft jede Menge Fragen auf, aber mit eher misslichem Ausgang. Denn noch mehr Fragen, das war vermutlich das Allerletzte, was sich die versammelte Leserschaft – Freunde, Feinde und Amüsierte – von der ersten längeren Wortäußerung des vor acht Monaten Zurückgetretenen erhofft hatte. Da ändert es wenig, dass formell Giovanni di Lorenzo der ist, der fragt, und Guttenberg der, der antwortet. Denn die Fragen, mit denen uns das Buch alleine lässt, stammen nicht vom Zeit-Chefredakteur. Sie stehen zwischen den Zeilen der Antworten.

Die erste Frage ist die, warum Guttenberg in seinem Buch so unglaublich viel an anderen herummäkelt. Die an ihn gerichtete Ermahnung der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt, ein wenig Demut tue jedem Politiker gut, trifft ins Schwarze ob der Auslassungen Guttenbergs über den Bayreuther Verfassungsrechtler Oliver Lepsius (S. 18 f.), das unsaubere wissenschaftliche Arbeiten einiger Leute, deren Textpassagen er kopiert hat (!) (S. 23), die Aufklärungsarbeit seiner Universität (S. 26), die Bundestagsabgeordneten, die ihn im Plenum auseinander genommen haben (S. 45), den SZ-Doyen Heribert Prantl (S. 53), wieder Lepsius (S. 55), seine Biografen Eckart Lohse und Markus Wehner (S. 63), seine Ministerialen im Verteidigungsministerium (S. 66) und so weiter. Von vorn bis hinten durchziehen solche Einträge das Buch. Sie ergeben das Bild eines Mannes, der viel weiß, aber das meiste davon besser. Viel Feind, viel Ehr scheint die Devise. Auf S. 151 watscht er gar in einem einzigen Atemzug die „politischen Spitzen“ und die „deutsche Medienlandschaft“ ab, für ihre „erschütternde Unkenntnis“ über internationale Finanzströme. Nein, ehrenhaft ist das nicht. Es ist oberflächlich und arrogant.

Die Selbstkritik, die Guttenberg vor allem im Zusammenhang mit seiner Dissertation übt, macht diesen Eindruck kaum besser. Zwar geizt der Reumütige nicht mit Superlativen, im Gegenteil: Selbstbezeichnungen wie „unglaubliche Dummheit“ (S. 11), „unglaublicher Fehler“ (S. 12), „unerträgliche Anhäufung von wissenschaftlichen Fehlern“ (S. 31), „denkbar größte Dummheit meines Lebens“ (S. 33) und so weiter dekliniert er regelrecht durch. Gleichwohl müsste, ginge es um Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit, ein gebetsmühlenartig wiederholtes „Mea maxima culpa“ auch zum Rest des Buches passen. Das tut es aber gerade nicht, es sei denn, man zöge den Schluss, dass Guttenberg seine Selbstkritik vor allem dazu benutzte, sich für seine Schüsse auf andere aufzumunitionieren. Ob er sich jedoch nach der Affäre vom Frühjahr und nach einem guten halben Jahr weitgehender Öffentlichkeitsabstinenz in der Position befindet,

so mit sich und anderen umzuspringen, erscheint fraglich. Außerdem ist es schade. Denn es gibt durchaus Abschnitte in dem Büchlein, die glaubwürdig und aufrichtig, auch sympathisch herüberkommen. Der riesige Köcher Pfeile jedoch, den der Gestolperte auf die anderen abfeuert, lässt diese Passagen in den Hintergrund geraten.

In diesem Zusammenhang ist es unbegreiflich, warum er sich auf S. 166 ff. die Unionsparteien vorknöpft. Man muss sein Tagwerk nicht in einem illustren Washingtoner Think Tank verrichten (S. 151), um zu erkennen, dass die Union derzeit eine Baustelle ist. Gleichwohl hat gerade die CSU – ihre Leitung, aber auch und vor allem ihre Basis – Gutenberg während und nach der Plagiatsaffäre mehr als alle anderen die Treue gehalten. Warum er dann an so prominenter Stelle wie in diesem Buch von einer „Verhöhnung früherer Träume“ spricht (S. 167), wenn es um das Selbstbild der CSU als letzte Volkspartei geht, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Einen besonders rationalen Hintergrund kann es nicht geben. Dann noch mit einem Wechsel in eine neu zu gründende Partei zu kokettieren bzw. nicht unmissverständlich davon Abstand zu nehmen (S. 169), macht die Sache nicht besser.

Andere Fragen an Guttenberg könnten lauten, warum er teilweise so schwammig bis abstrus argumentiert (S. 17, 52, 57, 149 etc.), warum er sich permanent für alles rechtfertigt und dann behauptet, sich nicht zu rechtfertigen (S. 56), oder ob er sich eigentlich der Ironie hinter der Tatsache bewusst ist, dass das Kapitel über seine Zukunft so ausgesprochen kurz ausfällt (14 von 201 Textseiten). Einige von diesen Fragen hätte auch di Lorenzo stellen können, man muss kein Hellseher sein, um sie zu erkennen. Sie alle aber verblissen neben der einen großen Frage, die über allem schwebt: Warum, aus welchem Grunde und mit welchem Zweck tut Guttenberg sich und uns dieses Buch überhaupt an?

Will er, wie manche mutmaßen, seinen Marktwert testen mit Blick auf das deutsche und bayerische Superwahljahr 2013? Diese Annahme erscheint ob des politischen Gehaltes und des polarisierenden Charakters seiner Aussagen sowie des begleitend gezündeten medialen Feuerwerkes durchaus realistisch. Doch wäre dem so, hätte Guttenberg dann nicht geschwindelt? Denn auf die Frage, ob es einen Termin für eine Rückkehr nach Deutschland gebe, sagt er kurz und knackig: „Ich terminiere gerade gar nichts.“ (S. 203). Wenn das stimmt, warum dann dieses Buch, und warum jetzt? Die nächste Antwort läge – und dieser Eindruck drängt sich beim Lesen tatsächlich auf – in einem erheblich ausgeprägten Geltungs- und Selbstmitteilungsbedürfnis des Interviewten. Ob dieses Eindrucks führt vor allem eine Stelle im Buch zu spontaner Atemnot. Da provoziert di Lorenzo den Freiherrn mit der Aussage, seine Biografie wirke „stellenweise wie die eines Menschen, der ein Geltungsbedürfnis“ habe, und Guttenberg antwortet allen Ernstes und ohne erkennbare Ironie: „Ich frage mich, weshalb ich diesen Eindruck hinterlasse“ (S. 63). Im Kopf des Rezensenten poppt binnen Zehntelsekunden eine Denkblase auf mit dem Satz: „Na zum Beispiel, weil Du dieses Buch machst!!“

Wie viele andere Fragen bleibt die nach dem Warum letztlich offen. Gleichwohl gipfelt diese Rezension keineswegs in der Empfehlung, die Finger von dem Buch zu lassen, im Gegenteil. Es wirkt durchaus erhellend, an manchen Stellen erhellender, als Guttenberg lieb sein dürfte. Zu berichten ist auch, dass er ein guter Plauderer ist, dass er wie ein geschulter Rhetoriker argumentiert, dass er an manchen Stellen glaubhaft und sympathisch herüberkommt, und dass di Lorenzo freundlich, gleichwohl aber nicht überall harmlos und manchmal sogar giftig fragt (S. 104, 137, 155 etc.). Am Ende steht allerdings Enttäuschung. Die hat vor allem einen Grund: Karl-Theodor zu Guttenberg ist ein enormes Talent, ganz besonders in einer Hinsicht: Er hat es – besser und intensiver als fast jeder an-

dere aktive Politiker in den letzten Jahrzehnten – geschafft, bei den Menschen in Deutschland im Zusammenhang mit Politik wieder positive Emotionen auszulösen. Unser Land hat Politiker, die das können, bitter nötig. Wir hätten Guttenberg gebraucht, aber er macht es sich und uns sehr schwer. Das ist schade.

Das Buch endet mit den drei Sätzen: „Jetzt stehe ich am Beginn eines neuen Lebensabschnittes. Langsam freue ich mich auf ihn. Und die Kräfte kehren wieder zurück“ (S. 207). Wer Guttenberg nicht mag, könnte diese Aussage komplettieren mit: „Dann wollen wir hoffen, dass der Verstand bald nachkommt.“ Auch mancher seiner Freunde wird ihm das nach der Lektüre dieses Buches wünschen. Die überwiegende Mehrzahl der letztgenannten wird aber wahrscheinlich vor allem eines denken: „Si tacuisses!“ Raus aus der Politik, auf ehrlichem Wege einen akademischen Titel erwerben und einfach mal zwei, drei Jahre lang den Mund halten – diesen Rat hätten ihm wohl viele gegeben, und es wäre nicht der schlechteste gewesen. Noch ist es dafür nicht zu spät.

Karl-Theodor zu Guttenberg im Gespräch mit Giovanni di Lorenzo: Vorerst gescheitert. Wie Karl-Theodor zu Guttenberg seinen Fall und seine Zukunft sieht. Herder Freiburg 2011, 208 Seiten, 19,99 Euro.

Unsere Autoren

Papst Benedikt XVI

Joseph Ratzinger, geb. 1927 in Marktl. Studium der katholischen Theologie und Philosophie an der Philosophisch-theologischen Hochschule Freising. In der Folge Seminarist am Herzoglichen Georgianum der Ludwig-Maximilians-Universität München. Erzbischof von München und Freising 1977. Kardinal im gleichen Jahr. Dekan des Kardinalskollegiums und Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre ab 2002. Wahl zum 264ten. Papst in der Geschichte der römisch-katholischen Kirche 2005.

Dr. Benedikt Brunner

Geb. 1978, München. Berufsabschluss als Bankkaufmann, Studium der Politik, Geschichts- und Literaturwissenschaften. Mitglied der Union seit 2002, 2007/08 stellvertretender Bundesvorsitzender des RCDS. Promotion zum Dr. phil. an der Universität Chemnitz.

Dr. Wolfram Ender

Geb. 1943. Studium der Geschichte, Romanistik, Philosophie in Freiburg und Rennes/Frankreich. Dissertation in Freiburg zum Thema „Konservative und rechtsliberale Deuter des Nationalsozialismus 1930 - 1943. Eine historisch-politische Kritik“. Dozent für politische Bildung an Zivildienstschulen, der Bundeswehr sowie anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Frederik Ferreau,

Geb 1983, Homberg (Efze). Studium der Rechtswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Erstes Juristisches Staatsexamen 2009. Derzeit Doktorand am Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht der Universität zu Köln und Lehrbeauftragter für Medienrecht an der Technischen Universität Braunschweig. Bundesvorsitzender des RCDS seit Oktober 2011.

Claus Junghanns

Geb. 1981, Greiz. Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie der Germanistischen Linguistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Vormalige Mitarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Derzeit Mitarbeiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mitglied der CDU und JU. Blogger auf www.kritikkultur.de.

Johannes Knewitz

Geb. 1982, Mainz. Studium der Geschichtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und des Öffentlichen Rechts an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Universida de Nova de Lisboa, Portugal; Magister 2010. Ab 2008 im Bundesvorstand des Bundesverbands Liberaler Hochschulgruppen, 2009 bis 2011 deren Vorsitzender, 2008 bis 2011 Mitglied im Senat der Universität Mainz, zwischenzeitlich Mitglied des Studentenparlaments und verschiedener anderer Gremien. Derzeit Promotion an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dr. Thomas de Maiziere

Geb. 1954, Bonn. Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Freiburg. RCDS-Gruppenvorsitzender Münster, Vorsitzender der Studienreformkommission Jura, Mitglied Politischer Beirat des RCDS-Bundesvorstandes, 1982. Zweites juristischen Staatsexamen 1982, Promotion zum Dr. jur. an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1986. Bekleidung verschiedener Ministerämter in Sachsen von 1999-2005. Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts 2005-2009. Bundesminister des Innern 2009-2011. Derzeit Bundesminister der Verteidigung.

Dr. Marc Oprach

Dr. Marc Oprach, geb. 1976, Würzburg. Studium der Geschichtswissenschaften, in Hamburg an der Universität der Bundeswehr. Magister Artium. Promotion zum Dr. phil. im Bereich Neueste Geschichte Osteuropas. Derzeit Generalstabsoffizier der Bundeswehr, Strausberg. Verfasser diverser Artikel zur innen- und außenpolitischen Entwicklung in Russland sowie zur amerikanischen Sicherheitspolitik, u.a. in Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Martin Röckert

Geb. 1984, Weimar; Ausbildung als Physiotherapeut; seit 2009 Studium der Politikwissenschaft und Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Vorsitzender des RCDS Mainz; Referent für Hochschulpolitik im AStA der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Stipendiat der Konrad Adenauer Stiftung.

Impressum

CIVIS

— MIT SONDE —

HERAUSGEBER:

Christoph Böhr, Ursula Männle, Arnold Vaatz,

Matthias Wissmann und

Frederik Ferreau als Bundesvorsitzender des RCDS.

Beirat: Christoph Brand, Stephan Eisel, Stefan Fritz, Fabian Magerl, Heinz Neubauer, Detlev Preuße, Hans Reckers, Karl-Heinz Resch, Christian Schneller, Wulf Schönbohm, Mario Voigt, Johannes Zabel und Frederik Ferreau als Bundesvorsitzender des RCDS.

Redaktion: Benedikt Brunner (bb, Bücherbrett), Sandra Busch-Janser (sbj), Christian Carius (cc), Sebastian Grundberger (sg), Sebastian Hass (sh), Matthias Graf von Kielmansegg (mk), Tobias Kohl (tk, Chefredakteur), Thomas Köhler (thk), Thomas Lemke (tl), Christian Ludwig (cl, Redaktionsassistent), Michael Moje (mm), Christoph Ritzer (cr), Jochen Steinkamp (js), Ulrike Quadbeck (uq), Marian Zachow (mz).

Anschrift der Redaktion: CIVIS MIT SONDE, c/o RCDS Bundesgeschäftsstelle, Paul-Lincke-Ufer 8b, 10999 Berlin,

E-Mail: redaktion@civismitsonde.de

CIVIS MIT SONDE erscheint im Eigenverlag, der Versand (auch Ansprechpartner für den Eigenverlag) erfolgt durch die RCDS-Bundesgeschäftsstelle, Paul-Lincke-Ufer 8b, 10999 Berlin. CIVIS MIT SONDE wird getragen vom Freundeskreis des RCDS sowie unterstützt vom Ring Christlich-Demokratischer Akademiker (RCDA), Satz und Verantwortlich für Anzeigen: Christoph Ritzer

Bezug: Einzelheft: 5,00 €; für Schüler, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Auszubildende und Studierende gilt bei Nachweis jeweils der halbe Preis.

Bestellung unter 030 616518-11 oder per Fax unter 030 616518-40. ISSN 1432-6027

Die Redaktion nimmt Zuschriften und Beiträge gerne entgegen. Für unverlangt eingesandte Zuschriften und Beiträge wird weder Verantwortung noch Haftung übernommen; eine Rücksendung ist nicht möglich.

CIVIS MIT SONDE ist ein Forum der Diskussion. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder. Mit dem Abdruck ist keine Aussage darüber verbunden, ob und inwieweit diese Meinung von den Herausgebern, dem Beirat oder der Redaktion geteilt wird.